

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

AUS DEM INHALT

Elisabeth Schwarzhaupt

Gesundheitspolitik
in der Gesellschaft von morgen

Hanns Lilje

Der Unternehmer
in Staat und Gesellschaft

Hans Mener

Vom Maß politischen Handelns

8

AUGUST 1965

13. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

Inhaltsverzeichnis

Bildungs-„Notstand“ als Wahlkampfthema	1
Eberhard Amelung	
Kurz kommentiert	4
Berliner Informationsfahrt — Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer?	
Vor den Wahlen — Vorher las man's anders	
Gesundheitspolitik in der Gesellschaft von morgen	6
Elisabeth Schwarzhaupt	
Der Unternehmer in Staat und Gesellschaft	8
Hanns Lilje	
Vom Maß politischen Handelns	12
Hans Mener	
Berichte	16
Der Kirchentag in Köln — Aus den Landesarbeitskreisen	
Leserbriefe	19

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers

und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen

Arbeitskreises der CDU/CSU

13. Jahrgang, Heft 8

August 1965

Bildungs-„Notstand“ als Wahlkampfthema

Der Monat Juli hat einige wichtige kulturpolitische Daten gebracht. Am 1. des Monats öffnete die neue Universität Bochum ihre Pforten. Nur kurze Zeit später unterzeichneten der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder das Abkommen über den Bildungsrat. Und schließlich wurde der „Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen“ feierlich durch den Bundespräsidenten verabschiedet. Damit sind wir deutlich aus der ersten in die zweite Entwicklungsphase unserer kulturpolitischen Institutionen nach 1945 getreten.

Die Begriffe „Bildungskatastrophe“, „Bildungsnotstand“, „Hochschulreform“, „Zentralschulen“ tauchen in vielfältigen Zusammenhängen selbst in jedem Provinzblättchen auf. Seit Georg Picht seine Artikelserie in der Wochenzeitschrift „Christ und Welt“ veröffentlichte, hat er viele Nachsprecher gefunden, die seine Thesen mehr oder weniger unkritisch weitertragen. Nicht zuletzt die Opposition versucht nun einen Wahlkampfschlager aus dem Problem der Bildungspolitik zu machen. Wir können vor diesen Bemühungen nur aufs eindringlichste warnen. Wenn die Bildungspolitik in den Wahlkampf hineingezogen wird, so werden noch mehr Bereiche, in denen sachliches Wissen dünn gesät ist, auf eine Ebene gezerrt, auf der die Emotionen regieren. Der Sache selbst ist damit nicht gedient.

Schon das Wort „Bildungskatastrophe“ gehört zu den politischen Ausdrücken, die man vor allen anderen entmythologisieren sollte. Es ist glücklicherweise in den letzten Monaten schon zum Teil geschehen, dennoch gehört es weiterhin zum Wortschatz der Demagogen. Der Begriff selbst kann keinen Zustand beschreiben, sondern ruft Angstgefühle hervor, die gewiß nicht Grundlage rationaler politischer Entscheidungen sein können. Das gilt auch noch für den heute häufig gebrauchten Begriff „Bildungsnotstand“. Die Diskussion um die Notstandsgesetze hat auch ihn in die Nähe der Katastrophe gerückt, denn die Notstandsgesetze wurden ja im Blick auf Naturkatastrophen oder Kriegskatastrophen formuliert. Schon dieser Vergleich zeigt, daß die Wortwahl auf keinen Fall angemessen ist. Wer im Blick auf das gegenwärtige westdeutsche Erziehungssystem von einer Katastrophe redet, der hat alle Maßstäbe verloren. Aber auch wenn man zukünftige Entwicklungen ins Auge faßt, so ist es einfach absurd sich vorzustellen, daß wir im Jahre 1980 auf dem Stand eines unentwickelten Stammes herabgesunken seien, wenn unser Bildungssystem nicht reformiert würde.

Gewiß, es gibt Probleme der Bildungspolitik, die man nicht bagatellisieren darf und die wir nicht verkleinern wollen. Sie schieben sich beim gegenwärtigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik notwendigerweise in den Vordergrund, denn unser Leben hängt immer mehr von den Ergebnissen von Wissenschaft

und Forschung ab. Aber schon der häufig zitierte Satz, daß heute die Kulturpolitik dieselbe Bedeutung habe wie die Sozialpolitik im 19. Jahrhundert, kann nicht ohne Einschränkung akzeptiert werden. Wir werden den Eindruck nicht los, daß in dieser Aussage eine gehörige Portion deutscher Idealismus durchgeschlagen ist. Es ist hier nicht der Platz, das im einzelnen zu begründen. Aber es sollte doch zu denken geben, daß eine solche Formulierung in den Vereinigten Staaten — und dieses Land wird weitgehend als Maßstab herangezogen, wenn unsere „katastrophalen“ Zustände charakterisiert werden — undenkbar ist.

Die Behauptung, daß in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der Kulturpolitik in der Bundesrepublik Entscheidendes versäumt worden sei, kann nur aufstellen, wer den Blick für das in diesen Jahren Mögliche verloren hat: Alle, die sich kritisch mit unserem Bildungssystem beschäftigen und das für die Zukunft Notwendige vor uns darstellen, operieren mit Milliardensummen, die investiert werden müssen und eigentlich hätten investiert werden sollen. Dabei ist als selbstverständlich vorausgesetzt, daß unsere Volkswirtschaft diese Summen abwirft, so wie sie aufgebracht hat, was in den vergangenen Jahren investiert werden konnte. Aber gerade das wird von den Kritikern meist vergessen. In den Jahren 1945—55 befand sich jene Wirtschaft gerade erst im Aufbau und brauchte die Milliarden, um überhaupt selbst produktionsfähig zu werden. Auch der fortschrittlichste Kulturpolitiker hätte wohl im Jahre 1950 nicht gewagt, für das Jahr 1965 die Summen für das Ausbildungssystem zu fordern, die wir heute investieren. Darüber hinaus ist ein Großteil der Probleme, mit denen wir uns heute herumschlagen, gerade dadurch entstanden, daß der wirtschaftliche Aufbau wesentlich schneller vonstatten ging, als wir voraussehen konnten. Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß unsere Wirtschaft auch heute noch mit einer im internationalen Vergleich schmalen Kapitalbasis arbeitet.

Mit Leichtigkeit kann man heute feststellen: es fehlen Schulräume, Arbeitsplätze in den Universitäten und unsere freien wissenschaftlichen Institute sind unterdotiert. Seht die Amerikaner, was sie für die Forschung ausgeben; besucht die schwedischen Schulen, schaut nach England oder Rußland; seht, welche Beträge sie für Wissenschaft und Forschung aufwenden. Selbstverständlich schneiden wir bei solchen Vergleichen schlecht ab. Aber entweder haben diese Länder nicht vor 20 Jahren ihre wirtschaftliche Basis vollkommen eingebüßt oder sie können es sich — wie im Falle von Rußland — leisten, das Sozialprodukt ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse weiter Bevölkerungsschichten zu lenken.

Man kann natürlich fragen, ob auf dem Gebiet der Organisation unseres Bildungswesens etwas versäumt wurde. Hier wäre vor allem an die Schulorganisation zu denken. Und die Kritiker versäumen nicht, auf die Zwergschulen überall im Lande hinzuweisen. Aber auch dieses Argument ist nicht vollkommen stichhaltig. Sicherlich sind Zentralschulen auf dem Lande heute zeitgemäß. Aber was zeitgemäß ist, das bestimmen in einer demokratischen Gesellschaft nicht nur die Intellektuellen, sondern die Gesamtbevölkerung. Und auch die Intellektuellen vergessen heute sehr leicht, daß uns beim Wiederaufbau nach dem Jahre 1945 eben nur die Konzeptionen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Verfügung standen. Erst heute wird unserer Bevölkerung bewußt, welches die Erfordernisse des 20. Jahrhunderts sind. Die Gesetze unserer Zeit, die selbst weithin durch ihre Diskontinuität zur Vergangenheit geprägt ist, werden der breiten Masse der Bevölkerung nur langsam bewußt. Deshalb können wir Wahrheiten wie die, daß in jedes Dorf eine Schule gehört, Wahrheiten, die Jahrhunderte gegolten haben, nicht von heute auf morgen umstoßen.

Ohne Zweifel braucht ein Volk, das sich harmonisch entwickeln will, in der Zukunft Menschen, die viel wissen. Ihr Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung muß ständig steigen. Deuten wir aber die Strukturprinzipien der modernen Gesellschaft richtig, so werden in der Gesellschaft von morgen „Gebildete“ gebraucht, die mehr wissen als sie in Schulen und Fachschulen und auf den Universitäten lernen können. In zunehmendem Maße werden es Menschen sein müssen, die sich ihrer Freiheit, aber auch ihrer Verantwortung gegenüber dem Ganzen bewußt sind. Deshalb muß man fragen: Macht Bildung, wie sie in der bisherigen Diskussion zitiert wurde, die Menschen wirklich dazu bereit, dort in die Bresche zu springen, wo es nötig ist? Schärfen unsere Bildungsinstitutionen tatsächlich den Blick für das Notwendige? Derartige Fragen rich-

ten sich nicht in erster Linie an Schulen und Universitäten, sondern an die, die ständig den Bildungsnotstand zitieren, uns aber wenig über die Gesellschaft sagen, die sie wollen.

Dazu gehört aber noch ein weiteres. Es ist keine Frage, daß in unserem Volk Begabungsreserven vorhanden sind, die ausgeschöpft werden können und müssen. Es ist keine Frage, daß der Lernprozeß an Schulen und Universitäten rationalisiert und intensiviert werden kann und muß; es ist keine Frage, daß in der Bundesrepublik ein Bildungsgefälle existiert und dadurch nicht alle Kinder die gleiche Chance haben, den ihnen gemäßen Beruf zu erlernen. Hier sind Mängel vorhanden, die wir beseitigen können und werden. Wir sollten uns aber auch frühzeitig der Konsequenzen unserer Forderungen bewußt sein.

Aus den Entwicklungstendenzen der modernen Industriegesellschaft und aus internationalen Vergleichen wird gefolgert, daß wir mehr Realschüler, mehr Abiturienten und mehr Hochschulabsolventen brauchen. Ehe wir derartige Erkenntnisse in politische Slogans ummünzen, sollten wir aber prüfen, ob auch wir sie wirklich brauchen und in welchen Sparten wir sie benötigen und sinnvoll einsetzen können. Das heißt konkret: Was nutzen uns mehr Apotheker, wenn im Zuge der Entwicklung die Apotheker immer mehr zu Drogisten werden? Was hilft es uns, wenn wir immer mehr spezialisierte Ärzte haben, wenn diese aber ihre Krankengeschichten selber schreiben oder die Laborarbeiten selber verrichten müssen, weil es an Schreibkräften und technischen Assistenten mangelt? Was hilft es der Industrie, wenn sie hochqualifizierte Chemiker und Physiker einstellt, diese aber nicht vernünftig arbeiten können, weil es an den technischen Hilfskräften fehlt? Und weiter: Was nützt es, große Summen für den Universitäts- und Schulhausbau zu fordern, wenn es vorn und hinten an Elektrikern und Installateuren fehlt, die die Bauten gebrauchsfertig machen? Die Reihe solcher Fragen ließe sich nach unten hin fortsetzen. Sie alle münden bei einer Tatsache, um die wir nicht herumkommen, über die sich die Propagandisten des Bildungsnotstandes aber gemeinhin mit einem kühnen Schwung hinwegsetzen. Diese Tatsache heißt: Es fehlt uns an Menschen! — Es fehlen uns Menschen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Aufbaus. Wir müssen den Bildungsstand zwar heben, um den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden. Wir müssen aber wissen, daß wir damit gleichzeitig an anderen Stellen Löcher aufreißen, die den Gang der Entwicklung auch erheblich hemmen können. Wir dürfen uns für die Zukunft auch nicht darauf verlassen, daß uns andere Völker und Nationen immer Arbeitskräfte zur Verfügung stellen werden. Die Hebung des allgemeinen Bildungsstandes ist auf lange Sicht nur insoweit sinnvoll, als die Automation gleichzeitig Menschen für andere Aufgaben freisetzt.

Wir kommen an diesen Tatsachen auch nicht durch den Hinweis vorüber, daß auf dem Land noch Begabungsreserven vorhanden seien. Das ist zwar richtig, aber die Menschen fehlen dort ebenso wie in den Städten. Die Landwirtschaft kann und wird zwar noch Arbeitskräfte abgeben, aber nur dann, wenn die notwendigen Strukturveränderungen durchgeführt und die Rationalisierungsinvestitionen vorgenommen werden. Die Agrarsubventionen werden aber von den Bildungspolitikern immer besonders scheel angesehen. Weil die Bauern mehr bekommen mußten, sind die Mittel für die Wissenschaft im diesjährigen Bundeshaushalt angeblich gekürzt worden, woraus auf und ab im Land geschlossen wird, die Bundesregierung sei nicht bereit, Wissenschaft und Forschung ausreichend zu fördern. Sie habe die Zeichen der Zeit nicht erkannt, so heißt es, oder sei zu schwach, sich gegen die massiven Forderungen einer Interessengruppe durchzusetzen.

Wer die Zeichen der Zeit richtig deutet, läßt sich im Vorhinein niemals feststellen. Es muß aber eindringlich davor gewarnt werden, einen Problemkreis politischer Entscheidungen zu isolieren und ihn absolut zu setzen. Nur der Blick für das Ganze unseres gesellschaftlichen Seins kann uns helfen, die Gegenwart in eine gute Zukunft zu führen. Einseitigkeiten sind der Boden, auf dem die Ideologien wachsen und Wahlkämpfe sind das Klima, in dem sie besonders gut sprießen. Wir stehen gegenwärtig ohne Zweifel in der Gefahr, aus den Überlegungen und Forderungen zur Kulturpolitik eine handfeste Ideologie zu machen. Wir wollen es der Opposition nicht verübeln, daß sie dieses ideologische Steckenpferd reitet. Wir wollen ihr aber nicht folgen.

Berliner Informationsfahrt

Der Regierende Bürgermeister von Berlin besuchte anfangs des Monats einige mittelhessische Kreise und Gemeinden. Nach der offiziellen Lesart der Organisatoren handelte es sich um eine Informationsfahrt. Allerdings war nicht ganz deutlich, wer eigentlich informiert werden sollte. Nach außen hin offenbar der Regierende Bürgermeister, inoffiziell jedoch eher die Bevölkerung, denn wo immer er hinkam, da hielt der Regierende Bürgermeister eine Rede.

Warum, so fragt sich der interessierte Beobachter, diese Verkleidung des Repräsentanten einer Partei, der für sich und diese Partei werben will, in einen harmlosen Besucher? Wollte man das Wahlkampfabkommen zwischen den drei großen Parteien auf diese Weise umgehen? Oder ist man der Meinung, daß der Vorsitzende der Oppositionspartei als Regierender Bürgermeister von Berlin eher ankommt als in seiner Funktion als Parteivorsitzender? Hält man in der Organisationsabteilung und unter denen, die für die Werbung verantwortlich sind, die Werbewirksamkeit der eigenen Partei für so gering?

Es ist nicht unsere Sache, diese Fragen zu beantworten. Aber wir meinen doch ein Wort zu dem Stil der politischen Werbung sagen zu müssen, die den Regierenden Bürgermeister umgab und in diesen Wochen wohl noch öfters umgeben wird. Zum Gefolge oder auch zum Vortrupp des SPD-Vorsitzenden gehört eine Unterhaltungstruppe, die offenbar das wartende Volk bei Stimmung halten soll. Nichts gegen Zauberer, die das Volk mit telepathischen Experimenten unterhalten, nichts gegen Allein- und Vielfachunterhalter, die sich in Rundfunk, Fernsehen oder in irgendwelchen Kabaretts einen Namen gemacht haben. Aber können sie den adäquaten Rahmen für ernste politische Diskussion schaffen?

Wer immer eine solche Veranstaltung erlebt hat, kann eigentlich nur Mitleid mit dem Redner haben. Er steht nämlich vor einer nahezu unmöglichen Aufgabe. Ihn empfängt eine Atmosphäre, die grundsätzlich dem, was er sagen muß, feindlich ist. Hat er dazu das Pech, zu spät zu kommen, so kann er sich von seiner Rede keinen politischen Effekt mehr versprechen. Die Organisatoren solcher Veranstaltungen sollten sich gut überlegen, wem sie mit solchem Auftreten dienen. Unserem Staat, der ernsthafte politische Auseinandersetzungen nötig hat, gewiß nicht.

e. a.

Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer?

Der Bundesvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft hat die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel in einem Schreiben darum gebeten, die Frage eines gesetzlichen Bildungsurlaubes von sechs Arbeitstagen für alle Arbeitnehmer in die Beratungen über ein Aktionsprogramm für die Berufsausbildung in den EWG-Ländern einzubeziehen.

Selbst auf die Gefahr, uns den Vorwurf der Bildungsfeindlichkeit zuzuziehen, möchten wir meinen, daß dieser Vorschlag nicht zu realisieren ist. Sicherlich wäre es schön, wenn jeder Arbeitnehmer einmal im Jahr „etwas für seine Bildung tun“ könnte. Aber soll man ihn durch tarifrechtliche Maßnahmen dazu zwingen, oder gar durch ein staatliches Gesetz? Und dann: Wer soll die Kontrolle ausüben, daß die sechs Tage auch wirklich für die Bildung genutzt werden? Wie soll eine solche Kontrolle möglich sein, ohne die Freiheit des einzelnen über Gebühr einzuschränken? Aber das ist doch wohl der Sinn jener Tage, daß sie nicht eine generelle Urlaubsverlängerung für jeden Arbeitnehmer, sondern eben einen Bildungsurlaub bringen! Im Interesse der betroffenen möchte man hoffen, daß ein solcher Vorschlag, wie der der DAG, nicht verwirklicht wird.

Damit ist freilich das Problem der Weiterbildung der arbeitenden Menschen nicht abgetan. Es gehört heute zu den brennenden Problemen einer ständig sich wandelnden Gesellschaft. Aber man sollte nicht mit Zwang die notwendigen Maßnahmen durchsetzen wollen; ohne Zwang aber geht es bei dem Vorschlag der DAG nicht. Eine andere Möglichkeit wäre, Arbeitnehmern, die dies wünschen, das Recht einzuräumen, an Lehrgängen und Kursen etwa der Gewerkschaften oder der Parteien teilzunehmen, ohne ihnen die dort verbrachte Zeit am Urlaub abzuziehen. Hier könnte eine Grenze von sechs Tagen sinnvoll sein. In diese Richtung sollten die Überlegungen der Gewerkschaften gehen; die derzeitigen Regelungen sind unbefriedigend und geben immer wieder zu Reibereien in den Betrieben Anlaß.

-ck-

Vor den Wahlen

Es vergeht in diesen letzten Wochen vor dem 19. September kein Tag, an dem nicht irgendein Meinungsforschungsinstitut neue Angaben über die Gunst der Parteien bei den Wählern macht. Noch nie in den Jahren seit Bestehen der Bundesrepublik war der Abstand der Parteien, genauer der Abstand zwischen der CDU/CSU und der SPD, so gering wie jetzt. Die nicht ruhenden Gerüchte über künftige Koalitionen haben hier ihren Grund, die Parteien wollen sich alle Türen offenlassen, um nicht plötzlich am 20. September „auf dem Trockenen“ zu sitzen.

Aber die Wähler wollen vorher wissen, was mit ihrer Stimme geschieht, ob sie für oder gegen eine „Große Koalition“ abgegeben ist, ob sie die seitherige Regierung Erhard stürzen oder aber in ihrem Amt bestätigen wird. Es ist darum nur zu begrüßen, daß die CDU bei der Eröffnung ihres Wahlkampfes in Dortmund deutlich erklärt hat, die Fortführung der bisherigen Koalition anzustreben. Das kann zu der dringend nötigen Klärung der Fronten beitragen.

Daß viele Wähler diese Klarheit bisher vermissen, zeigt sich daran, daß 17 Prozent der Wahlberechtigten schon jetzt, wie eine Meinungsumfrage gezeigt hat, versichern, am 19. September bestimmt nicht zu wählen. Ein ungewöhnlich hoher Prozentsatz entschloss-

ner Nichtwähler! Die Parteien werden sich Mühe geben müssen, diese Menschen aus ihrer Passivität herauszuholen. Unabdingbare Voraussetzung dazu ist freilich, daß der Wahlkampf lebendig und spannend ist, daß in ihm Alternativen sichtbar werden, daß die Parteien Perspektiven für die Zukunft weisen und nicht nur die alten Schlagworte aufwärmen („Sicher ist sicher“).

Erfreulich hoch ist der Prozentsatz derjenigen, die meinen, mit ihrer Stimmabgabe könne der Lauf der politischen Dinge geändert werden; es sind beinahe zwei Drittel der Wahlberechtigten, die so denken. Völlig anderer Überzeugung sind 29 Prozent, sie glauben nicht, durch ihre Stimmabgabe irgendwelchen Einfluß ausüben zu können. Um diese 29 Prozent werden sich die Parteien im Wahlkampf kümmern müssen. Sie sind die potentiellen Nichtwähler, die in ihrer Überzeugung durch einen Wahlkampf „ohne Musik“ nur bestärkt werden, durch interessante Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und ihren Führern aber zur Entscheidung geführt werden können.

Ein Wahlkampf ist eine Bewährungsprobe unserer jungen Demokratie. Wenn die Parteien nicht nur mit aller Kraft nach der Regierungsverantwortung streben, wozu sie verpflichtet sind, sondern sich auch ihrer allgemeineren Verantwortung in diesem Kampf bewußt bleiben, kann der Wahlkampf zu einem erfrischenden Bad für unser politisches Leben werden.

b. u.

Vorher las man's anders

Der § 99 des Strafgesetzbuches wird in seiner derzeitigen Form auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden können. Er belastet ständig das Verhältnis von Presse und Regierung und führt unentwegt zu Reibereien, die unserem Staatswesen in keiner Weise dienlich sind.

Die Spiegel-Affäre — der bisher bekannteste Fall — ist immer noch nicht ausgestanden. Jüngst machte nun der „Rheinische Merkur“ von sich reden. Das Blatt publizierte die bis dahin nicht bekannten Vorschläge des Auswärtigen Amtes über die weitere Handhabung der Berlin-Klausel. Nach Aussage des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt sind dabei keine geheimen Dokumente über Berlin-Fragen oder deutsche Fragen veröffentlicht worden. Allerdings enthielt der Bericht Details über Verhandlungen, die tatsächlich geheim waren.

Grundsätzlich darf das Recht des Journalisten, Informationen zu sammeln und zu veröffentlichen, nicht beschränkt werden. Dabei muß er die Verantwortung dafür tragen zu entscheiden, was zu einem gegebenen Zeitpunkt zu veröffentlichen und was zurückzuhalten ist. Grundsätzlich hat aber auch jeder Minister die Pflicht, die Nachrichtenpolitik seines Hauses zu bestimmen. Gelangen Informationen, die er nicht veröffentlicht sehen möchte, dennoch an die Presse, so muß er die undichten Stellen aufdecken. Es ist völlig unsinnig, wenn die Presse einem Minister daraus einen Vorwurf macht.

Der „Rheinische Merkur“ und ein Teil der Presse lassen im Fall der Berlin-Klausel jegliches Verständnis

für diese Zusammenhänge vermissen, wenn sie behaupten, der Minister wolle der Presse einen Maulkorb umhängen. Darüberhinaus entbehrt das Verhalten des „Rheinischen Merkur“ nicht einer gewissen Ironie. Zu bekannt sind noch die scharfen Attacken der Kölner Wochenzeitung in der Spiegel-Affäre. Damals schienen der Staat und die höchsten Güter der Nation durch ein Presse-Organ gefährdet. Jetzt hört man's anders. „Gesetzt den Fall“, so schreibt die Zeitung, „daß die Aktion ‚Ersatz für die Berlin-Klausel‘ wirklich ein Staatsgeheimnis sein könnte, obwohl das Kabinett nichts davon wußte — ist es dann für die Sicherheit des Staates nicht besser, ein solches Vorhaben wird durch Publikation vereitelt, als daß es, gut gedeckt durch den Lärm des Wahlkampfes, in aller Heimlichkeit vonstatten geht und samt seinen gefährlichen Konsequenzen der nächsten Bundesregierung überlassen wird?“

Es ist selbstverständlich, daß Zeitungen bestimmte politische Anschauungen darstellen und kritisieren. Journalisten müssen eine politische Meinung haben, und die Presse ist ein legitimes Instrument der Demokratie, mit dessen Hilfe politische Entwicklungen beeinflusst werden. Das gefällt den Politikern zwar oft nicht, muß aber so sein.

Eine Zeitung muß sich aber entscheiden, ob sie die Veröffentlichung geheimer Informationen als ein Mittel ihrer Politik benutzen will. Entscheidet sie sich dafür, dann hat sie die Verantwortung zu tragen, vor sich selbst und vor der Allgemeinheit. Sie muß aber auch die Konsequenzen aus ihrem Verhalten ziehen und das gleiche Recht allen Presseorganen zugestehen. Dieser Konsequenz kann man schlechterdings nicht entgehen. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Darüberhinaus ist aber in keiner Weise einsichtig, wie ein Presseorgan entscheiden will, daß die Veröffentlichung geheimer Informationen im eigenen Fall staatsertreuend, im Fall des politischen Gegners aber staatsgefährdend sein soll. Das Pathos, mit dem solche Entscheidungen dennoch in der Öffentlichkeit vorgetragen werden, wirkt unangenehm.

Wir möchten es noch einmal wiederholen: Die freiheitlich-demokratische Ordnung bedarf einer freien Presse, einer Presse, die keinerlei Kontrolle von seiten des Staates unterliegt, sondern sich selbst kontrolliert. Die Presse kann sehr viel dazu beitragen, daß der Raum ihrer Freiheit nicht eingeschränkt wird, indem sie von ihrer Freiheit mit hohem Verantwortungsbewußtsein Gebrauch macht und nicht alles und jedes, das auf die Tische der Redaktionen kommt, veröffentlicht. Die Entscheidung ist im einzelnen Fall nicht leicht — wer wollte es bestreiten —, und die Verantwortung für seine Entscheidung kann und soll dem Redakteur nicht abgenommen werden, schon gar nicht durch den Gesetzgeber, nach dem so viele in unserem Lande rufen, wenn irgendwo einmal etwas „schief geht“.

Der „Rheinische Merkur“ gibt zu solchen grundsätzlichen Betrachtungen Anlaß, weil man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, er habe bei seiner Antwort auf die Erklärungen der Bundesregierung zu große Worte gebraucht.

a./u.

Gesundheitspolitik in der Gesellschaft von morgen

Elisabeth Schwarzhaupt

Referat beim Medizinergespräch anlässlich der 12. Bundestagung des Arbeitskreises in Bonn.

Die kurze Zeit, die uns heute Abend für diese Aussprache zur Verfügung steht, zwingt mich, meine Aufgabe enger zu fassen als sie mir bei Formulierung des Themas vorschwebte. Ich sehe eine doppelte Aufgabe vor:

1. Ihnen einen allgemeinen Überblick über Zukunftsentwicklungen zu geben und
2. unsere Diskussion einzuleiten.

Ich werde den allgemeinen Überblick so kurz wie möglich zusammenfassen müssen, und ich werde die Gesprächseinleitung auf einen Gegenstand, der uns allen wohl besonders am Herzen liegt, nämlich auf die Probleme des Krankenhauses, beschränken, ohne der Diskussion dieses Abends andere gewünschte Themen zu entziehen.

Ich sehe drei verschiedene Anstöße, die in der Vergangenheit auf die Gesundheitspolitik eingewirkt haben, die heute noch fort dauern und die auch in der Zukunft noch neue Entwicklungen bringen werden. Es handelt sich

1. um die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft,
2. um eine Änderung unserer Anschauungen von der gegenseitigen Verpflichtung der Menschen innerhalb der Gesellschaft und
3. um die Veränderungen, die in unserer industrialisierten, technisch sich vervollkommnenden Umwelt vor sich gehen.

Die Entwicklung der Medizin

Die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft hat uns neue Methoden für die Erkennung und Heilung von Krankheiten, auch für die Vorbeugung gegen Krankheitsgefahren, gebracht. Eine Folge der Anwendung dieser Methoden ist, daß die Lebenserwartung der Menschen steigt. Sie hat sich in der Zeit zwischen 1870 bis heute fast verdoppelt, von 36 Jahren auf über 70 Jahre. Dies hat weiter eine Verschiebung der Krankheitsbilder mit sich gebracht, Krankheiten verschwinden, andere nehmen zu, so Alterskrankheiten, aber auch Krankheiten wie Krebs, die früher bei vielen Menschen nicht in Erscheinung getreten sind, weil sie entweder nicht diagnostiziert werden konnten oder weil der Mensch an einer anderen, heute heilbaren Krankheit früh starb, an einer Blinddarmentzündung, einer Lungenentzündung oder an Diphtherie, ehe der Krebs überhaupt als Krankheit sichtbar wurde. Es ist zu erwarten, daß diese Entwicklung weitergeht, daß auch die Geriatrie weitere Methoden findet, um den Tod hinauszuschieben. Es gibt neue Möglichkeiten, unheilbar Kranken oder körperlich Behinderten zu einem lebenswerten Leben zu verhelfen (Rehabilitation). Dies wird zu Konsequenzen z. B. in der Sozialversicherung, in der

Wohnungspolitik, im Arbeitsrecht zwingen. Es wird Aufgabe der Gesundheitspolitik bleiben, menschliches Leben zu erhalten, wo es erhalten werden kann, und es lebenswert zu machen, auch da, wo es krank oder behindert bleibt. Dazu gehört als Aufgabe des Staates weitere Förderung der Wissenschaft, die so unmittelbare Chancen für das Wohl der Menschen, für ihr Leben und für ihr Wohlbefinden geboten hat und weiter verspricht. Die Wartezimmer der Ärzte und der Krankenhäuser und Pflegeanstalten werden noch voller werden. Dazu führt der anwachsende Anteil der alten Menschen im Volk, dazu führen alle neuen Chancen, Krankheiten, die früher hingenommen werden mußten, mit modernen, oft komplizierten Behandlungsmethoden zu heilen oder zu bessern. Der Bedarf an Ärzten und Krankenhäusern wird deshalb vorerst nicht zum Stillstand kommen.

Das Recht auf ärztliche Hilfe

Dazu kommt die unserer Zeit innewohnende Überzeugung, daß der Mensch, so gut wie er ein gleiches Recht hat auf Zugang zu höherer Bildung, auch das Recht auf Zuwendung aller für ihn notwendigen ärztlichen Hilfen hat. Das zwingt dazu, die Anwendung moderner Behandlungsmethoden organisatorisch zu gewährleisten, etwa durch gesetzliche Regelung von Krankenversicherung, durch öffentliche Unterstützung vieler Einrichtungen, die aus privaten Mitteln nicht erstellt werden könnten. Dazu gehört die Förderung von Modelleinrichtungen, die in einem Land errichtet und als Vorbild für andere Länder dienen können. Dazu gehört die Entwicklung von Behandlungsmethoden für Krankheiten, die nicht besonders häufig sind, in überregionalen Behandlungsstätten. Dazu gehört weiter Hilfe bei der Finanzierung, die wirksamer von einer zentralen Stelle in die sinnvollen Kanäle geleitet werden könnte. Dazu gehört besonders auch das Krankenhaus, zu dessen Erstellung öffentliche Mittel beitragen müssen. Der Einsatz öffentlicher Mittel zwingt aber in gewissem Masse zu einer Planung über deren wirkungsvollste Verwendung.

Die Entwicklung der Pharmazie

Der dritte Anstoß kam von der Industrialisierung vieler Herstellungsverfahren. Die Lebensmitteltechnik macht die industriell hergestellten und verpackten Lebensmittel in ihrem Inhalt für den Käufer unübersichtlich. Auch gewissenhaft hergestellte Lebensmittel, die nur ein Minimum an Fremdstoffen zum Konservieren oder Färben enthalten, müssen darauf geprüft werden, ob ihre Fremdstoffe nicht auf die Dauer und im Zusammenhang mit der Summierung ähnlicher Einwirkungen anderer Lebensmittel, aus der Luft, aus dem Wasser, aus Gebrauchsgegenständen Schäden an der Gesundheit verursachen. Die Industrie verändert die Umwelt, in der die Menschen leben. Sie erzeugt Lärm, qualend verunreinigte Luft und verunreinigtes Wasser. Diese Schäden gehen oft hinaus über die Grenzen des gesund-

heitlich Verträglich. Hier entwickeln sich neue Staatsaufgaben, die erst in der Zukunft in dem erforderlichen Ausmaß erfüllt werden können. Zunahme oder auch nur Veränderung der Schadensursachen wird die Aufmerksamkeit der Menschen mehr und mehr auf ihre Schutzbedürftigkeit hinweisen. Die Auffassung, daß technische Erfindungen erst dann zur Verwirklichung reif sind, wenn sie nicht nur Arbeit, Zeit und Geld sparen, sondern wenn sie auch so weit entwickelt sind, daß sie die Umwelt nicht schädigen oder belästigen, muß sich erst durchsetzen. Sie wird sich durchsetzen und wird ein wichtiges Gebiet der Gesundheitspolitik der Zukunft bestimmen.

Damit haben wir zugleich die Gesundheitspolitik als einen eigenständigen Bereich der Politik charakterisiert. Sie unterscheidet sich in Ziel und Methode von der Sozialpolitik, die es mit der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit der Menschen zu tun hat, von der Bildungspolitik und von der Familienpolitik. Die Methode der Gesundheitspolitik ist nur in geringem Maß Umverteilung von Einkommen, wie es in der Sozialpolitik weithin geübt wird. Ihre Wirkungsweise ist zu einem großen Teil die gesetzliche Maßnahme, der staatliche Befehl, etwa der, Abgase zu beschränken, Wasser von einer bestimmten Konsistenz nicht mehr in den Fluß einzuleiten, bestimmte Arzneimittel rezeptpflichtig zu machen, den Arbeiter bestimmten gesundheitsschädlichen Einflüssen nicht auszusetzen. Dazu gehört die finanzielle Förderung der Technik und der Wissenschaft und schließlich zuletzt die Finanzierung bestimmter Leistungen, die der Gesundheit der Menschen zugute kommen sollen.

Die Probleme des Krankenhauses

Viele dieser Probleme konzentrieren sich in dem modernen Krankenhaus, das nicht mehr verglichen werden kann mit dem Krankenhaus, wie es vor 50 oder 60 Jahren bestand. Neu ist der zunehmende Aufwand für die Diagnose im Krankenhaus, das Komplizierterwerden der Behandlung und die Differenzierung in der Zweckbestimmung der Krankenhäuser, die vom Pflegeheim über das Kreiskrankenhaus mit einigen Abteilungen bis zur hochausgestatteten Universitätsklinik oder zum großstädtischen Klinikzentrum geht. Die steigenden Anforderungen an die technische Ausstattung stellen neue Probleme der Finanzierung, die entweder zu sehr hohen Pflegesätzen führen oder zur Übernahme

bestimmter Kosten durch die öffentliche Hand zwingen. Schließlich ändert sich der Dienst der helfenden Kräfte im Krankenhaus. Er wurde einmal ganz überwiegend von der Schwester erfüllt, die sich aus religiösen Motiven der Pflege der Kranken widmete. Er gewinnt durch die zunehmenden Erfordernisse an Sachkunde und Ausbildung zugleich den Charakter eines Frauenberufes, für den Ausbildung und Examina Voraussetzung sind wie für andere Berufe, bei dem aber zugleich ein besonders hohes Maß von persönlich menschlichem Einsatz, auch oft von persönlicher Opferbereitschaft verlangt werden muß. Da die Leistungen des Krankenhauses komplizierter und vielfältiger geworden sind, da der Mitarbeiterstab verschiedenartiger zusammengesetzt ist, da die wirtschaftlichen Aufwendungen hoch sind, hat die Verwaltung des Krankenhauses an Bedeutung, oft auch an bestimmendem Einfluß gewonnen. Diese Wandlungen sind noch im Gange. Die technische Ausstattung erfordert eine ständige Modernisierung. Die Funktionen der Mitarbeiter, der Ärzte, der Verwaltung, der Schwestern und Pfleger, der medizinisch-technischen Assistentinnen werden von neuen wissenschaftlichen Entwicklungen in ihrem Inhalt immer wieder neu bestimmt. Wir werden mit einer weiteren Spezialisierung und Technisierung rechnen müssen. Wir werden mit neuen Konsequenzen in der Struktur des Krankenhauswesens rechnen müssen, und zwar gilt das von der inneren Struktur des einzelnen Krankenhauses, es gilt von der Verteilung der Funktionen unter den Krankenhäusern im Land, und es gilt von Ausbildung und Berufsbild der Heilberufe.

Dabei wird es uns darauf ankommen müssen, auf der einen Seite für alle Änderungen, die zur möglichst vollkommenen Versorgung der Kranken notwendig sind, offen zu sein. Wie in vielen anderen Gebieten unserer Zivilisation besteht auch hier die Gefahr, daß über dem Streben nach technischer und funktioneller Vervollkommenung Menschliches zu sehr zurücktritt. Es ist ein Thema, mit dem wir als Evangelischer Arbeitskreis uns in der Aussprache besonders beschäftigen sollten. Wie können wir die menschliche Seite der ärztlichen und pflegerischen Funktionen wachhalten, welche Bedeutung wird es auch weiterhin für den Kranken haben, in einem Krankenhaus behandelt und gepflegt zu werden, in dem die Atmosphäre seiner Konfession wirksam ist, wie können wir zugleich aber Möglichkeiten moderner ärztlicher und pflegerischer Kunst gewährleisten?

Sozialprodukt, Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in der BR Deutschland (in jeweiligen Preisen)

	Einheit	1958	1964	Zuwachs %
Bruttosozialprodukt	Mrd. DM	229	413	80
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	Mrd. DM	178	315	77
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	109	204	87
Bruttolohn- und -gehaltssumme ¹⁾	Mrd. DM	97	183	89
DM je Arbeitnehmer		5304	8500	60

¹⁾ Bruttoeinkommen abz. Arbeitgeberbeiträge zu öffentl. Einrichtungen der soz. Sicherung

Quellen: Statistisches Jahrbuch, Wirtschaft und Statistik

Der Unternehmer in Staat und Gesellschaft

Hanns Lilje

Nachstehendes Referat hat D. Dr. Hanns Lilje, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche von Hannover, Abt von Loccum, auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU in Düsseldorf gehalten. Der Veröffentlichung liegt das von der Redaktion gekürzte und korrigierte Wortmanuskript zugrunde.
Die Redaktion

Ich habe einmal im Jahre 1932 an einer Sitzung des damaligen Reichstages teilgenommen. Der Präsident erteilte innerhalb der Tagesordnung als letztem dem Abgeordneten Dingeldey für die Deutsche Volkspartei das Wort, und als er das Podium bestieg, konnte die schon im Reichstag anwesende Nationalsozialistische Partei es sich nicht versagen, durch den Mund von Herrn Dr. Goebbels den Zwischenruf zu machen: „Das rote Schlußlicht.“

Diese Formel würde auf mich in diesem Augenblick nicht passen, erstens wegen der Farbe rot nicht; es würde auch nicht gehen, wenn man dafür die Farbe schwarz anwenden würde, denn so schwarz bin ich auch wieder nicht, aber Schlußlicht in jedem Fall, und das heißt, ich muß Sie um die Liebenswürdigkeit bitten, mir bei der Erfüllung meiner Pflicht behilflich zu sein, durch die Sympathie mit der Sie der Tatsache Rechnung tragen, daß ich jetzt als letzter sprechen muß, denn ich muß ja noch ein anderes Wort der Erklärung hinzufügen.

Es ist sicherlich ungewöhnlich, daß man anläßlich einer solchen großen und repräsentativen Wirtschaftstagung noch am Schluß einem Theologen das Wort erteilt. Ich möchte ausdrücklich versichern, daß ich die Ehre, die Sie mir durch diese Einladung erwiesen haben, wohl zu schätzen weiß, daß ich mich aber sicherlich nicht darin täusche, wenn ich voraussetze, daß vielen unter Ihnen dieser Vorgang ungewohnt erscheint, und mit einem Worte, scheint mir, sollte ich meine Position in diesem Augenblick doch verdeutlichen. Ich tue es, indem ich vielleicht die massivste Frage ins Auge fasse. Soll die Kirche überhaupt durch den Mund der Theologen in wirtschaftlichen Fragen das Wort ergreifen? Ich erinnere an Vorgänge der jüngsten Zeit, die dahin tendieren zu sagen, hier sollte eigentlich die Kirche lieber schweigen. Ich möchte aber doch deutlich machen, daß ich diese Überzeugung nicht teilen kann, und daß ich es nicht einfach für einen Fehlentschluß halte, bei solch einem wichtigen Zusammensein auch die Stimme des Theologen erklingen zu lassen. Sie ist ja hoffentlich nicht nur die Stimme aus einer anderen Welt, sondern sie hat ja hoffentlich mit den Dingen zu tun, die den führenden Männern der Wirtschaft auferlegt sind. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß man mit der pauschalen Ermahnung oder Bitte an die Kirche durchkommt, sie möge in diesen Dingen das Wort überhaupt nicht ergreifen. Das würde nicht nur die Kirche zu einer seltsamen, vereinseitigten, dünnen Haltung verurteilen, sondern ja gerade auch das Wesen der Wirtschaft in unzulässiger Weise einschränken und verkümmern. Was

für eine Wirtschaft wäre das, die gar keinen Anlaß hätte, über die technischen Fragen der Wirtschaftsgestaltung hinauszufragen, und die nirgendwo an Grundsatzzfragen, an Fragen der Existenzbewältigung überhaupt, an Fragen unserer Gemeinschaft und dergleichen herangeführt würde.

Natürlich braucht die Kirche, wenn sie den Mund aufzutut, Besonnenheit, sie braucht viel Sachkunde, sie muß sich deutlich machen, daß in einer so verwissenschaftlichten Welt, wie wir sie um uns herum haben, sie doppelt sorgsam mit den Grundbegriffen umgehen und sich nicht auf allgemeine Ermahnungen und dann vielleicht noch unkundige Ermahnungen beschränken darf. Aber es wäre ja auch eine Vereinseitigung unseres Verständnisses von Kirche. Sie besteht, Gott sei gelobt und gepriesen, nicht nur aus Theologen, sondern es gibt sehr viele Menschen, die zur Kirche gehören und im harten, wirklichen, nur mit Tapferkeit und Umsicht zu bestehenden Leben ihren Mann stehen, also etwa auch führende Menschen der Wirtschaft, Glieder der Kirche, und das wäre eine Aufgabe, die es gerade bei der komplizierten Welt, in der wir leben müssen, Wert wäre, sorgfältig getan zu werden, daß alle, die an der Wirtschaft und ähnlichen Fragen beteiligt sind und noch wissen, was es heißt, als ein Christ in dieser Welt zu leben, miteinander arbeiteten.

Ich will jene zum Überfluß erhobene Mahnung hier nicht wiederholen, daß ja das auch der einzige Weg wäre, das C in der Firma CDU ernsthaft zu rechtfertigen.

Der Unternehmer ist ein unaufgebbares Element, ein nicht wegzudenkender Faktor unserer wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Ordnung. Er hat es deswegen eigentlich nicht nötig, von sich selbst defensiv, apologetisch, entschuldigend zu reden. Er hat einen rechten und festen Platz in unserem öffentlichen Leben, und es ist deswegen wichtig, von dieser Voraussetzung auszugehen, daß ohne den Unternehmer unser wirtschaftliches Leben überhaupt nicht funktionieren kann, gerade auch in der sehr viel komplizierteren und diffuseren Art, in der unser Leben überhaupt sich gestaltet hat. Der Unternehmer, das ist nicht nur der Großunternehmer, das ist die nicht zu übersehende Schar mittlerer und kleiner selbständiger Unternehmer, die, wie sich noch zeigen wird, an den Wesensmerkmalen rechten Unternehmertums vollen Anteil haben und infolge dessen auch in vollem Umfange mit berücksichtigt werden müssen.

Unternehmer und Arbeitgeber

Aber lassen Sie mich nun einige Bemerkungen sozusagen zur Vorklärung machen: Der Unternehmer ist ja nicht genau dasselbe wie der Arbeitgeber. Mit diesen verschiedenen Vokabeln bezeichnen wir zwei verschiedene Aspekte des Problems, von dem wir reden. Der Unternehmer steht für die Sachaufgabe, die die Wirtschaft

hat, die optimale Versorgung mit den Gütern und Leistungen des Lebensbedarfs. Vom Arbeitgeber sprechen wir, wenn wir die menschliche Aufgabe, nämlich die Führung der an dieser Sachaufgabe Beteiligten, ins Auge fassen wollen. Die Kirche hat natürlich, weil sie vom Menschen ausgeht, mit der Versuchung zu kämpfen, diese menschliche Seite der Menschenführung rasch ins Auge zu fassen, und muß sich deutlich machen, daß sie darüber nicht die Notwendigkeit dieser Sachaufgabe zurücktreten lassen darf. Sie muß sich klarmachen, daß diese Teilfunktionen der Wirtschaft in eine Spannung zueinander geraten können und daß Mängel in der Arbeitgeberfunktion, vermeintliche Mängel, ihre Wurzel in der unternehmerischen Funktion der Wirtschaft haben, und auf der anderen Seite die Frage der Menschenführung dennoch in gleicher Weise vorhanden sein muß.

Ich will hier die Illustration nicht bei dem schwierigen Problem der Mitbestimmung suchen, wo ja die Beteiligung der Kirche an der Diskussion ganz ohne allen Zweifel zunächst an dem Punkte einsetzte, daß die Sorge für den Menschen in der Wirtschaft selbstverständlich von ihr nicht beiseite geschoben werden kann. Aber ich wiederhole: sie kann nicht unter Vernachlässigung der Sachaufgabe ins Auge gefaßt werden.

Ich möchte als eine zweite vorklärende Unterscheidung darauf hinweisen, daß es auch sicherlich nicht angeht, auf dem Gebiet der Wirtschaft den Unternehmer dem Arbeitnehmer als den unter allen Umständen wirtschaftlich Stärkeren gegenüberzustellen. Es wäre dann für die Kirche naheliegend, sich für den wirtschaftlich Schwächeren einzusetzen. Das letztere ist als Regel unbestreitbar. Was für eine Kirche wäre das, die nicht Mund der Entrechteten, Bedrückten, der Beiseitegeschobenen, der Vergessenen zu sein wagte! Und wenn sie diesen moralischen Mut nicht mehr hat, dann hat sie selbstverständlich aufgehört, Kirche zu sein. Nur würde die Aufforderung zur vertieften Sachkunde in diesem Fall darauf hinweisen, daß nicht einfach jeder Arbeitgeber automatisch der Stärkere und jeder Arbeitnehmer automatisch der Schwächere ist, sondern auch bei der theologischen Erwägung muß ins Auge gefaßt werden, daß die modernen Massenorganisationen Machtgebilde geschaffen haben, die das Verhältnis von Starken und Schwachen innerhalb der wirtschaftlichen Auseinandersetzungen gegenüber unseren herkömmlichen Vorstellungen sehr verschieben können.

Als letztes möchte ich noch darauf hinweisen, daß man die Frage nach der Gestalt des Unternehmers in Staat und Gesellschaft heute nicht nur im individualistischen Sinne behandeln kann. Man kann zwar deutlich machen, daß der Unternehmer immer in seiner Individualität anvisiert werden muß. Aber daraus ergibt sich nicht, daß sich die Kirche mit der Mahnung begnügen könnte, der Unternehmer möge human sein und die Elemente der Humanität in die wirtschaftliche Beziehung einbringen, sondern auch hier muß daran erinnert werden, daß der moderne Unternehmer sich fortgesetzt in größeren transsubjektiven Zusammenhängen vorfindet, in Organisationsformen, die sich aus der immer stärkeren Verwandlung unseres Lebens in die große Apparatur ergeben. Und von daher wäre also die einfache Be-

trachtung des Unternehmers als eines Individuums allein nicht ausreichend.

Was konstituiert nun denn innerhalb dieser so verstandenen Welt den Unternehmer? Bei der Beantwortung dieser Frage muß ich zu vier sehr oft benutzten Vokabeln greifen und bitte Sie darum gerade hier um Ihr Verständnis und Ihre Nachsicht. Ich will versuchen, diese vielgebrauchten Termini noch einmal mit Inhalt zu füllen.

Der Unternehmer und die Freiheit

Der Unternehmer, die Gestalt des Unternehmers, der soziologische Typus des Unternehmers, hat unter allen Umständen ganz wesentlich mit Freiheit zu tun. In dieser Hinsicht ist er eigentlich fast ein paradoxes Phänomen in der modernen Welt. Denn einerseits verwandelt sich die Welt der technischen und industriellen Zivilisation, in der wir leben, fortwährend in eine immer größere und mächtiger werdende Apparatur in der der Bewegungsraum für den einzelnen immer enger zu werden scheint, andererseits aber ist der Unternehmer seinem Wesen nach, so paradox es erscheint, ein Phänomen wirklicher echter Freiheit auch in dieser maschinisierten und apparatisierten Welt. Er ist es, solange er noch der eigenen Initiative, der Planung, vielleicht sogar der kühnen Planung, fähig ist, solange er noch die Möglichkeit hat, die seltener werdende Möglichkeit, schöpferische Phantasie zu haben und zu betätigen. Und in allen diesen Aussagen wird klargemacht: er ist das noch! Er ist noch ein Repräsentant einfach konstitutioneller Freiheit innerhalb einer technisierten Welt.

Damit verbindet sich aber nun doch sofort die andere Aussage: daß heute die Wiederholung einer solchen Formel keine leichte Sache ist, sondern daß dazu in einer doppelten Weise Stellung genommen werden muß. Erstens: es erfordert ein hohes Maß geistiger Wachheit und Disziplin, sich fortgesetzt das Wesen dieser Freiheit auch unter den rasanten Veränderungen der Welt um uns herum deutlich zu machen. Dies ist nicht eine Adhortatio ins Leere, sondern in der europäischen Wirtschaftsgeschichte hat sich mehr als einmal ereignet, daß eines der schwersten Elemente von Fehlentwicklungen die Gedankenlosigkeit gewesen ist. Wer etwa die Anfänge des Frühkapitalismus noch einmal auf sich wirken läßt, die z. T. mit schweren, fast unverständlichen Elementen der Inhumanität belastet waren, kann als Erklärung dafür überhaupt nur diese anbieten, daß man nicht mit der erforderlichen geistigen Bewußtheit die Vorgänge erlebt hat, deren Zeuge und Mitträger man wurde. In unserer Welt, in der dieses grandiose, den Globus umspannende Gespräch darüber, was Freiheit sei, vor sich geht, kann kein Unternehmer in einem westlichen Lande so existieren, als ginge ihn dieses große Gespräch nichts an. Er muß bereit sein, sich in einer — wenn auch noch so bescheidenen, aber jedenfalls persönlich verpflichteten und verpflichtenden Weise — hier einbezogen zu fühlen. Das führt zu der anderen Aussage, die oft genug gemacht ist, daß Freiheit nur bewahrt werden kann durch die freiwillige Selbstbindung der Freien. Eine uferlose, grenzenlose, schrankenlose Anwendung der Freiheit führt zu ihrem raschen Verschleiß und zu ihrem Ende. Und diese eigentlich ganz

simple Erkenntnis ist von elementarer Bedeutung für den Gebrauch und für die Wahrung der Freiheit in unserer Welt.

Freiheit und Risiko

Das führt zu einem weiteren wichtigen Punkt. Freiheit ist nicht denkbar ohne die Bereitschaft zum Risiko. Ich könnte diesem Zusammenhang viele Namen geben. Ich könnte auch sagen: Freiheit setzt die Bereitschaft zum Wagnis voraus, der Wille zur Freiheit kann sich niemals in dem Willen zur Sicherheit erschöpfen. Die prinzipielle Bereitschaft, das ungesicherte Leben tapfer auf sich zu nehmen, ist Voraussetzung des Wagnis-Charakters, ohne den das Leben nicht denkbar ist. Diesen Mut, den das Wagnis voraussetzt, wachzuhalten, muß man als eine entscheidende Voraussetzung für die Bewahrung der Freiheit heute bezeichnen. Denn nur so ist es möglich, die schöpferische Phantasie wirklich tätig werden zu lassen, ohne die mindestens großes Unternehmertum nicht denkbar ist.

Es ist aber auch klar, daß die Bereitschaft zum Risiko die Fähigkeit zur Krisenfestigkeit auch im Geistigen einschließt, die Bereitschaft, nicht larmoyant zu reagieren, wenn plötzlich Belastungen auftreten, die in der Planung zunächst nicht erkennbar waren. Aus dem allem ergibt sich jenes Bild eines unübersehbaren, unverkennbaren geistigen Mutes, der mit der Freiheit parallel gehen muß, wenn sie nicht eine leere, bloß selbstsüchtige Formel werden soll.

Freiheit und Verantwortung

Das dritte große Wort ist ebenso oft gebraucht. Es ist das Wort von der „Verantwortung“. Lassen Sie mich versuchen, es noch einmal auf eine neue Weise auszusprechen. Jeder rechte Unternehmer weiß, daß er in seinem eigenen Bereich, da, wo er als unternehmerisches Individuum tätig ist, sich der Verantwortung stellen muß und sich ihr nicht entziehen kann. Wenn seine Entscheidungen mißlingen, wenn der Versuch, das Wagnis auf sich zu nehmen, ihn in schwierige Situationen führt, ist er es, der dafür geradestehen muß. Die Verantwortung ist eigentlich von ihm gar nicht ablösbar. Ich brauche jetzt nicht poetisch zu werden, um zu schildern, daß ein Mensch, zu dessen gesamter Existenz die Verantwortung so unmittelbar hinzugehört, vermutlich dem Ganzen des Lebens anders gegenüber stehen wird, als der, der nur Nutznießer des Lebens oder Schlachtenbummler im Kampf des Lebens zu sein gedenkt. Der Mensch, der Verantwortung erkennt und auf sich nimmt, sieht das Leben und die Welt anders. Das ist aber heute noch auf Grund einer ganz anderen Voraussetzung nötig.

Unsere Welt verändert sich in einem rasanten Tempo. Eine der Veränderungen ist die wachsende Interdependenz oder — ohne das üppige Fremdwort ausgedrückt — die simple Tatsache, daß wir in zunehmendem Maße aufeinander angewiesen sind.

Die Notwendigkeit der Gruppenarbeit, die Bereitschaft, mit anderen zusammen große Probleme anzugreifen, ist eine elementare Voraussetzung unseres gesamten Lebens. Daraus folgt, daß es ein völlig falsches Bild des Unternehmers wäre, wenn er sich selbst in Staat und Gesell-

schaft als ein isoliertes — wie soll ich sagen — freischwebendes Phänomen ansehen wollte, das treiben kann, was es will. Genau das nicht. Seine Existenz nicht nur als Unternehmer, sondern überhaupt als Mensch, der in der Gegenwart bewußt lebt, ist von allen Seiten eingeeignet durch andere Bezüge auf andere Menschen und Gruppenbildungen hin, die anzuerkennen eine wichtige Voraussetzung für die Gesundheit unseres wirtschaftlichen Lebens sein dürfte.

Das Problem der Entwicklungshilfe

Ein Beispiel auf dessen Erörterung ich hier nur ungern verzichte, ist die Entwicklungshilfe. Es ist in dieser Sache so viel aus Fehlleistungen oder mangelnder Diagnose falsch gemacht worden, daß man nur ein sehr schmerzliches Resümee geben könnte, wenn man das Problem im ganzen darstellen wollte. An diesem Punkt wird die Verwandlung der Welt auf jeden Fall im globalen Umfange sichtbar, so daß es in der Tat den Menschen nicht mehr möglich ist, sich auf Europa oder noch kleinere geographische Einheiten in ihrem Denken zu beschränken, sondern daß die großen Strukturwandlungen auf anderen Kontinenten uns unmittelbarer betreffen als in irgendeiner vorausgegangenen Generation. Und das heißt wiederum, daß das Wort von der Verantwortung mit sehr viel konkretem Inhalt gefüllt werden muß, nämlich mit der echten, aufrichtigen Berücksichtigung der Welt, in der wir heute leben.

Zu diesem Bereich gehört noch ein Begriff, nämlich die Gemeinschaft und damit die Bereitschaft zur Gemeinschaft im weitesten Sinne. Es ist allgemein bekannt, welche Bedeutung heute in der Arbeitswissenschaft Amerikas die Erkenntnis von der Bedeutung der Gruppe hat. Auch wir benutzen meist die englische Vokabel dafür und reden von Teamwork. In diesem Begriff ist eine Erkenntnis der Arbeitswissenschaft formuliert worden, ohne die wir den Prozeß der modernen Arbeitswelt nie ganz begreifen können. Dazu gehört einerseits die Gruppenfähigkeit, die Fähigkeit zum Teamwork, und andererseits die Bereitschaft zu einer wirklichen Partnerschaft, die den anderen in seinem Bereich ernstzunehmen vermag und ihn daher richtig in die eigenen Erwägungen und Planungen einfügt.

Aus diesen vier angedeuteten Gesichtspunkten soll zum Schluß in wenigen Strichen versucht werden, ein abschließendes Bild dessen zu zeichnen, um was es uns hier in diesem Zusammenhang gehen muß. Trifft die These zu, daß der Unternehmer überraschenderweise noch ein Element der Freiheit in der modernen technisierten und apparatisierten Welt darstellt, dann ist sicher: Er gehört in jedem Fall sozusagen zum Stoßtrupp der Entwicklung von heute. Er muß in der vordersten Kolonne marschieren. Ob er seine Aufgabe begreift oder nicht, er muß zu denen gehören, die den Gang der Dinge wesentlich beeinflussen, weil sie ja noch Entscheidungen fällen, Richtung weisen, neue Entwicklungsmöglichkeiten anvisieren können. Daraus folgt aber die Erkenntnis, daß die Entwicklung, die von einem vielleicht nicht ausreichend geistig und charakterlich equipierten Stoßtrupp angedeutet würde, vermutlich fehlerhaft müßte. Wie kann das verhindert werden? Zunächst dadurch, daß man sich deutlich macht, daß jede solche Er-

wägung mit Unausweichlichkeit auf die Erörterung von Grundsatzfragen zurückführt.

Die Kirche und die Wirtschaft

Darf ich da noch einmal die Frage aufnehmen, ob die Kirche und in welcher Weise die Kirche sich hier äußern soll. Nehmen Sie einmal die Tatsache, daß die Kirche sich zu den Fragen der Vermögensbildung geäußert hat. Nehmen Sie die Tatsache, daß die Erörterung ja mancherorts falsch verstanden ist, als wolle sich die Kirche hier ganz einfach bestimmte vereinzelte, vielleicht sogar detaillierte gewerkschaftliche Thesen zu eigen machen oder dergleichen. Grundsätzlich ist die Betrachtungsweise der Kirche der der Wirtschaft nicht feindlich entgegengesetzt, aber beide sind doch verschieden ausgeprägt. Jeder, der den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre kennt, weiß daß die unbestreitbar große Vermögensbildung der jüngsten Vergangenheit sich zugunsten der Unternehmer vollzogen hat. Das geschah aus naheliegenden, vielleicht sogar zwingenden wirtschaftlichen Gründen. Diese Entwicklung war aber nicht einfach illegal, auch nicht einfach moralisch verdächtig, sondern ein selbstverständliches Resultat einer überschaubaren, redlichen, im Rahmen der Legalität vollzogenen Entwicklung. Es wäre völlig falsch, wenn die Kirche ihre Aufgabe darin sähe, hier ein Urteil auszusprechen, als sei das so nicht einfach in Ordnung. Das ethische Problem entsteht allerdings erst nach diesen Erwägungen. Wenngleich alles nach formallegalen Gesichtspunkten, sogar nach den Erwägungen üblicher Moralität in Ordnung war — und das wird jeder vernünftige Mensch der Kirche sagen —, dann ist damit die Diskussion noch nicht abgeschlossen. Sondern die Frage, ob in der völlig veränderten Welt nicht phantasievoll neue Wege gefunden werden müssen, um eine nicht erwünschte Verteilung der Gewichte hier zu korrigieren, ist mindestens eine berechtigte Frage. Die führt nun weiter zu dem, was mir eigentlich auf dem Herzen liegt.

Eine Fortwirkung, überhaupt eine Fortexistenz des gezeichneten Bildes vom Unternehmer ist nach meiner Meinung unweigerlich gebunden an die Frage, ob bestimmte ethische Voraussetzungen in Geltung bleiben oder nicht. Ich glaube, daß wir hier an einen Punkt geraten, wo die Diskussion nicht mehr frei ist. Ich will hier zunächst Eduard Heimann zitieren, der in einer sehr massiven Weise deutlich macht, daß es nicht anständig ist, ein an sich völlig berechtigtes Element des Unternehmertums, nämlich das Gewinnstreben, zu isolieren. Wo es isoliert wird, wo es allein dominierend wird, entsteht Habsucht. Und Heimann sagt: „Habsucht baut nichts. Die Weltgeschichte ist voll von ihr.“ Er kommt dann zu der ausgezeichneten These, daß dem allen nur auf eine positive und konstruktive Weise begegnet werden kann. Wir alle führen Klage darüber, daß eine hemmungslose Bedürfnisstillung angestrebt und von vielen als wirtschaftliches Ideal angesehen wird, wir machen die beklagenswerte Feststellung, daß dann die Frage aus dem Auge verloren wird, wie sich das, was aufgebracht und verdient wird, verhalten soll zu dem, was ausgegeben wird. Damit sind geistige Verwandlungen bezeichnet, die sich nicht irgendwo isoliert in einzelnen Gruppen vollziehen, sondern die ein geistiges

Klima bilden, an dem alle mitwirken, die in dieser Welt der Wirtschaft tätig sind. Und daher ist es entscheidend, immer deutlicher klarzumachen, daß einer der nobelsten Züge echten Unternehmertums in der eigenständigen verantwortlichen Arbeit besteht, und daß ohne diese das bloße Genußstreben zügellos wird und damit auch zerstörerisch wirkt. Ich zitiere noch einmal Heimann: „Aufgaben disziplinieren und adeln den Menschen. Wohlstand in verantwortungsloser Muße ruiniert ihn, wie man an vielen reichen Leuten in allen Kulturen sehen kann.“

Es gehört offensichtlich zu den Aufgaben des Unternehmertums, diese Seite des Unternehmers so erkennbar und sichtbar zu machen, daß davon ethische Kraft für das Volksganze ausgehen kann, das Gefühl für eine Tätigkeit, die sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, der man es ansieht, daß das völlig in seinem Rahmen berechnete Gewinnstreben nicht die gesamte, alleinige Triebfeder des wirtschaftlichen Tuns in der Welt überhaupt ist.

Das Fundament des Menschen

Damit ist freilich dann auch die Frage nach den letzten Fundamenten des Menschen deutlich anvisiert. Bei den vielen Erwägungen, die gerade die modernen Wirtschaftswissenschaftler angestellt haben, ist es erstaunlich, daß sie alle auf diese Frage zu sprechen kommen. Und wenn die Zeit es erlaubte und meine Sachkunde in diesem Punkte tiefer ginge, als sie notwendigerweise gehen kann, dann würde ich einige der größten Wirtschaftsdenker unserer Generation hier zu Zeugen anrufen: Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke, Götz Briefs, dann eben auch Eduard Heimann, die unablässig auf diesen Punkt hingewiesen haben. Es ist also nicht eine erbauliche Schlußformel, wenn man sich deutlich macht, daß alle diese Fragen in der Luft hängen, wenn wir nicht wissen, an welcher Stelle wir die letzte Orientierung zu suchen haben. Heimann hat darauf hingewiesen, daß die auf mythische Versenkung gerichteten Hochreligionen des Ostens grundsätzlich ohne Sozialethik sind. Und er kommt von daher zu der Überzeugung, daß in einem Bereich, in dem so oder so der christliche Glaube Völker und Epochen geprägt hat, wir nicht einfach vorangehen können, indem wir diesen geistigen Sachverhalt schlicht zu vergessen versuchen, sondern daß er seine Bedeutung für die Gegenwart haben muß.

Ein letztes Zitat von Heimann: „Religion allein zügelt und verwandelt die menschlichen Instinkte.“ Deutlicher gesagt: Gerade wenn man die programmatische Bindung an das christliche Erbe des Abendlandes ernst nimmt, wird an dieser Stelle mit einer unerbittlichen Konsequenz gedacht werden müssen. Und hier erlauben Sie mir, daß ich von der Tatsache, daß ich eben nicht Wirtschaftler, sondern Theologe bin, unbefangenen Gebrauch mache. Ich habe über diese Dinge oft genug nachgedacht. Die Zusammenhänge, in die unsere Welt uns hineinstellt, habe ich mir oft genug zu vergegenwärtigen versucht. Ich kann es mir nicht vorstellen, daß wir unter Preisgabe dessen, was uns einmal geformt hat, in irgendeine nebullose Zukunft gehen könnten. Es kann zwar ein Ausdruck letzter radikaler Ehrlichkeit sein, wenn man sich vor raschen, übertriebenen, emphatischen,

superlativischen religiösen Aussagen hütet. Dafür habe ich volles Verständnis. Aber daß gar keine Aussage erfolgt, dafür habe ich noch weniger Verständnis. Und solange eine Aufgabe wie die, die Ihnen als führenden Männern der Wirtschaft aufgetragen ist, für unseren Volkskörper die Bedeutung hat, von der hier einen Vormittag lang die Rede gewesen ist, solange erscheint es mir unvorstellbar, daß die Träger dieser Entwicklung nicht in Radikalität der Gesinnung sich der Frage stellen, aus welchen Quellen eigentlich das alles fließen soll.

Sie kennen genau jene leeren Appelle, die hochtönend sind und nichts bewirken. Wenn man den Menschen nicht in Wirklichkeit auf eine konkrete Glaubensüberzeugung in diesem Sinne anreden kann, dann sind wir zu leeren, emphatischen, nichts bewirkenden Appellen verurteilt. Wenn wir das nicht wollen, wenn wir in jener

Verbindung von Mut und Nüchternheit, mit der man allein in der gegenwärtigen Welt bestehen kann, auch dieses große und für unser Volksleben so entscheidende Arbeitsgebiet der Wirtschaft pflegen und führen wollen, dann wird es nicht abgehen, ohne daß man die letzten Voraussetzungen seiner Existenz überprüft.

Sie werden es in diesem Augenblick nicht als unsachgemäß empfinden, wenn ich das mit einem biblischen Wort zum Abschluß ausdrücke. Es hat mich immer beeindruckt, daß einer der großartigsten, in mancher Hinsicht düsteren Psalmen, der 90. Psalm, der die menschliche Existenz auf ihre Vergänglichkeit überblickt, mit einer erstaunlichen Wendung zur Gegenwart und zur Arbeit schließt, nämlich mit dem Satz: „Und der Herr unser Gott sei uns freundlich und fördere das Werk unserer Hände bei uns. Ja, das Werk unserer Hände wolle Er fördern!“

Vom Maß politischen Handelns

Hans Mener

Die Lektüre des Buches von Gerhard Schröder (Wir brauchen eine heile Welt, Politik in und für Deutschland, hrsg. von Alfred Rapp, Econ-Verlag, Düsseldorf-Wien 1963) hat Hans Mener zu den folgenden Gedanken angeregt. Wir haben sie gerne aufgenommen, da in ihnen die entscheidenden Probleme der politischen Ethik an aktuellen Beispielen erörtert werden.

Die Redaktion

Den Anforderungen der Tagespolitik stellt Gerhard Schröder die Forderung entgegen: „Wir brauchen eine heile Welt.“ Ist dieser Anspruch, unter dem Schröder — schon 1963 im Econ Verlag — seine Äußerungen zu Tagesfragen innerhalb und außerhalb der Parlamentsdiskussion seit 1947 veröffentlichte, maßlos? Oder ist damit die Richtung seines politischen Handelns bezeichnet? Trifft Letzteres zu, dann muß es gelingen, aus der zeitlich und thematisch breiten Veröffentlichung die Maßstäbe herauszufinden, an denen sein Handeln orientiert ist. Denn der Politiker „stellt sich in seinen Worten an die Öffentlichkeit selbst dar“. Sie „sind Zeugnisse seines Wirkens und ... Wollens, seiner Ziele und ... Überzeugung“ (Vorwort). Sie sind rückwärts, auf das Woher des Redenden gerichtete Wegweiser.

Politik in und für Deutschland

Es genügt nicht, von dem Titel und Untertitel auf die Parole zu schließen: am deutschen Wesen soll die Welt genesen. Schröders Bekenntnis zu Deutschland reicht tiefer. Es kommt nicht aus Nationalstolz. Schröder proklamiert keine politischen Modelle, um Pardiesshoffnungen zu nähren. Er schreibt keine Parteiprogramme, um politischen Vorstellungen zu genügen. Ja, auf den ersten Blick scheint Schröder gar keine Antwort geben zu können auf die Frage, welche Politik zu einer heilen Welt führt. Trotzdem ist dieser Frage nachzu-

gehen, wenn man den inneren Zusammenhang seiner Äußerungen begreifen und das Problem sehen will, wieso der Maßstab politischen Handelns für den evangelischen Christen eine so umstrittene Sache ist.

Zunächst führt der Blick auf das rein Formale weiter: Nicht Pathos und Parolen, sondern Fakten und Fazit regieren das Buch. Dafür ist schon die nüchterne Sprache kennzeichnend. Sie ist jedoch nicht das einzige Indiz. Hinzu kommt, daß Schröder sich selber und seinen Lesern Rechenschaft darüber gibt, welchen Sinn die sogenannten leeren oder unverständlich gewordenen Begriffe in unserer Politik nach 1945 haben. Er äußert sich verschiedentlich über den Sinn von Vaterland, Einheit, Freiheit, Tradition und nicht zuletzt über den Begriff Deutschland. Das heißt: jede politische Leidenschaft braucht ihren Rahmen und ihre Begründung. Sie muß sich auf ihre politischen Möglichkeiten besinnen und deren Herkunft ausweisen — in der richtigen Kombination „von dem warmen Herzen und dem kalten Kopf, wobei der kalte Kopf vielleicht noch wichtiger ist als das warme Herz“ (S. 29 f.). Darin unterscheidet sich politische Leidenschaft vom Pathos, dem Tonfall des Romantikers.

Schröder befolgt damit zum Teil seine eigenen Forderungen gegenüber der Presse, die „Freiheit des Wortes“ nicht zu mißbrauchen, sondern „sich an Werte gebunden zu fühlen, die den Nihilismus überwinden: an Glauben, Wahrheitsliebe, Sachlichkeit und an die Würde des einzelnen“ (S. 100). Diese Forderung zählt er zu den „dringendsten Aufgaben evangelischer Verantwortung“ (ebd.). Deshalb ist es berechtigt, jenen Vorwurf, Schröder meine, er müsse in der Situation aus letzten Notwendigkeiten heraus handeln — im Sinne der *necessitas Machiavellis* —, als vorschnelles Mißverständnis zu bezeichnen. Der frühere Innenminister ist in den Ruf ge-

ommen, Jünger Machiavellis zu sein, weil nur wenige den Anspruch verstanden, den die Einübung in evangelische Verantwortung an einen Politiker stellt. Dabei geht es in der Tat immer um „letzte Notwendigkeiten“, aber niemals außerhalb der Welt oder über die Köpfe der Menschen hinweg. Nicht immer ist dabei eine so klare Wertordnung erkennbar, wie Schröder sie der Presse gegenüber aufstellt. Aber niemals ist politisches Handeln maßlos, wenn es in der Verantwortung geschieht, die Schröder evangelisch nennt. Denn sie weiß mindestens seit Augustin um die civitates dei et diaboli, am die Reiche zur Rechten und zur Linken. Das muß sich erweisen, wenn wir am konkreten Fall aufzeigen, welches Maß das Beiwort „evangelisch“ jeder Verantwortung setzt, ob sie vom Staatsbürger in leitender oder leitender Funktion wahrgenommen wird.

Der Streit um die Notstandsgesetzgebung

Dazu halten wir uns an eine Kontroverse zwischen Schröder — dem damaligen Innenminister — und Willy Brandt in der Diskussion um die Notstandsgesetzgebung. Wir ziehen eine Rede Schröders heran, die er 1960 vor dem Parlament gehalten hat. Es geht ihm um den Maßstab für die Notstandsgesetzgebung: „Es stellt sich nun die Frage nach dem Wie der Meisterung des Ausnahmezustandes. Ich denke, wir können uns sehr leicht darüber einig werden, daß das neue Instrument, das zu schaffen wir uns anschicken, für den Ausnahmefall brauchbar sein muß. Es geht nicht darum, daß wir etwa ein noch so schönes Stück neuer Verfassungstheorie einführen, sondern das, was wir brauchen, sind realistische, praktische Handhaben zur Meisterung des Ausnahmezustandes“ (S. 176 f.). Es geht darum, daß die „zu schaffenden Bestimmungen ... ein schnelles und wirksames Handeln in einer Ausnahmesituation ermöglichen“ (S. 177). „... ohne Gesetze, ohne Entschlossenheit verliert der demokratische Staat Respekt, Ansehen, Achtung, also all das, was er braucht, um sich seinen Gegnern gegenüber zu behaupten.“

Wir stehen hier vor dem Problem ‚wehrhafte Demokratie‘. Ich muß sagen, bei einigen der Redner habe ich nicht sehr viel über das Wehrhafte gehört, aber sehr viel über das Vertrauen auf die eigene Kraft. Das Vertrauen auf die eigene Kraft ist sicher etwas sehr schönes und Notwendiges; für ein gewisses Maß an Selbstbewußtsein ist es unerlässlich. Aber Vertrauen auf die eigene Kraft allein bewegt die Dinge noch nicht, und hier kommt es darauf an, daß wir Dingen, die in Bewegung sind oder sich in Bewegung zu setzen drohen, in richtiger Weise entgegentreten. Das ist die Aufgabe, die sich hier stellt. Deswegen kann mich überhaupt nicht berühren, was hier über viel oder wenig Vertrauen auf die eigene Kraft ausgeführt wird. Hier gibt es vielmehr einen einzigen Test, und dieser Test heißt: Brauchbarkeit der eigenen Vorschläge“ (S. 181).

Schröders Konzept scheint auf den ersten Blick eine vereinfachte bürokratische Haltung zu sein. Die Vereinfachung besteht in der rigorosen Forderung, mit dem Blick für die Gefährdung des Staates Gesetze zu seiner Sicherung zu erlassen, statt in der Hoffnung abzuwarten, die Gefahr werde schon ihre eigenen Abwehrkräfte hervorrufen. Aber politisches Amt ist kein

prophetisches Amt. Antwort auf Sachfragen und Verheißung decken sich nicht immer. Schwierig ist es für den Politiker, sich freien Raum zum Handeln zu schaffen, leicht ist der Gebrauch der Freiheit, wenn sie erst einmal gesichert ist. Deshalb steht Schröder dazu, „daß nur das Gesetz uns Freiheit geben kann“ (S. 198). Jedes politische Handeln, das sich an einem Welt„bild“ orientiert, sieht in diesem Ausspruch Schröders einen Hang zum Totalitarismus. Denn Gesetz und Ermächtigung sind für viele Politiker zu synonymen Begriffen verwachsen, zumal dann, wenn Notstandsfragen gesetzlich geregelt werden sollen. Schröder wird dann so mißverstanden, als brauche er Gesetze dazu, den Fortschritt zu garantieren und die Menschen zu erziehen hin auf den von einer Ideologie vorgezeichneten Idealzustand.

Kann Schröder seine Haltung zur Notstandsgesetzgebung mit seinem Bild von evangelischer Verantwortung im politischen Handeln vereinbaren? Darauf gibt es nur eine Antwort: Gesetze gebrauchen, um Freiheit zu wahren, kann nur der, der selber frei ist gegenüber dem Gesetz. Ideologie jedoch setzt gefangen, indem sie politisches Handeln an absolut gesetzte Werte bindet. Damit ersetzt sie die Prämisse des Glaubens, — der weiß, daß Gott Geschichte macht, indem er der Welt dient, — durch ein Bild von der Welt. Damit ist aber nicht mehr der Welt, sondern dem Bild gedient, das sich die Ideologie von ihr macht. Wer das sieht, wird Gesetze verstehen als Dämme gegen die Gefahr und nicht als Einengung der Verantwortung.

Brandts Antwort an Schröder

In einer Bundesratssitzung äußert sich Schröder zum gleichen Thema in ähnlicher Weise. In einer Veröffentlichung Willy Brandts (Plädoyer für die Zukunft, Frankfurt/M. 1961, S. 72 f.) findet sich darauf ein Echo, das Schröders Intention in der Gegenüberstellung deutlicher hervortreten läßt: „Wenn man die auf dem Gebiet des Staatsschutzes in den letzten Jahren vorgelegten Gesetzentwürfe der Bundesregierung untersucht, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß von vornherein auf eine offensive geistige Auseinandersetzung verzichtet und statt dessen in viel zu starkem Maße auf polizeiliche Mittel gebaut wurde. Die Anpassung an die Methoden des antidemokratischen Gegners muß dort ihre Grenzen finden, wo diese Methoden die freiheitlich-demokratische Grundordnung selbst in Frage stellen. Die Brauchbarkeit staatlicher Maßnahmen kann nicht ‚einziger Maßstab‘ sein, wie es Bundesinnenminister Schröder ... im Dezember 1960 erklärte. Maßstab dürfen im Zweifelsfall nur die Grundwerte unserer freiheitlichen Ordnung sein ... Der gesunde Sinn unserer Menschen ... bewährt (sich) ... , wenn wir die Menschen hinreichend über die drohenden Gefahren aufklären und die staatliche Ordnung so ausgestalten, daß jeder ohne Zögern bereit ist, sie auch politisch zu verteidigen. Wir sollten unser Volk als mündig betrachten und seine freiheitlichen Kräfte aktivieren.“ Notstandsgesetzgebung bringt nach Brandt eine Einschränkung der Freiheit mit sich, ja ein In-Frage-stellen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung selbst. Die Notstandsgesetzgebung zwingt also, nach dem Maßstab zu

fragen, der das politische Handeln des Gesetzgebers bestimmt.

Brandt setzt dabei die „Grundwerte unserer freiheitlichen Ordnung“ gegen den von Schröder proklamierten Maßstab der „Brauchbarkeit staatlicher Maßnahmen“. „Brauchbarkeit“ ist für Brandt nur eine machtechnische Formulierung. Notstand wird unter diesem Gesichtspunkt eine rein bürokratisch, vom staatlichen Beamtenapparat zu lösende Situation. Warum?

Versuchen wir Schröders Argumentation in der Notstandsfrage zu interpretieren: „Brauchbarkeit“ soll der Maßstab heißen, an dem die Gesetze gemessen werden. Diesen Test müssen sie bestehen. Damit will Schröder zunächst die Unabhängigkeit dieser Gesetze von den staatsphilosophischen Vorstellungen der Ideologen gewahrt wissen. Es gibt keine zeitlosen freiheitlich-demokratischen Grundordnungen. Selbst da, wo Grundrechte eingehalten werden, wird ihre Wahrung der Geschichte unterworfen. Wer wollte bestreiten, daß die sogenannten Grundrechte in bestimmten historischen Situationen geradezu zu anarchistischen Machtmitteln wurden? Historische Situationen schaffen immer wieder ihre eigenen Grundordnungen. Deshalb gibt es auch eine Geschichte der Parteiprogramme, einen historischen Materialismus und die Einsicht in die Notwendigkeit seiner Revision selbst unter Kommunisten. Diese Tatsache besagt: „Grundordnungen“ lassen sich nicht zum ewigen Herrn der Gesetzgebung machen. Es besteht sogar die Gefahr, daß Gesetze dann als Ausdruck natürlicher Ordnungen angesehen und damit Herr der Veränderungen werden. Hier verabsolutiert ein Fortschrittsglaube sogenannte Errungenschaften und leugnet den Wandel zugunsten eines geschichtslosen Bildes vom Wesen der Welt. Ein Politiker, der sich diesem Bilde verschreibt, kann sich den Problemen, die auf ihn zukommen, nicht „wirklich genau und praktisch und mit einem gewissen Blick für die zukünftige Entwicklung ... nähern“. (S. 29)

Schröders Maßstab der „Brauchbarkeit“ soll dann also dem ein gewisses Recht sichern, der das höchstmögliche Maß an Information erreicht und die Situation darum am besten überblicken kann, wenn es um die Anwendung von Staatsschutzgesetzen geht. Die Abwehr gegen den Mißbrauch solcher Gesetze setzt schon geraume Zeit vor ihrer Verabschiedung ein: z. B. bei der Wahl der Politiker, deren Verantwortung sich das Volk in der „repräsentativen Demokratie“ anvertraut, bei der Erziehung zur Mitverantwortung etc. Sie sind also schon viel früher gefährdet.

Es wird dadurch deutlich gemacht, daß die „Brauchbarkeit“ orientiert ist am Sicherheitsbedürfnis des Staates und seiner Staatsbürger. Bloßer Staatsutilitarismus verbirgt Machtstreben. Ansprüche an Gesetze, die auch in Notzeiten gelten sollen, entstehen von zwei Seiten: Natürlich erstens von der Behörde her, die die Verantwortung für die Erhaltung des Staatswesens übernommen hat; zweitens von den Staatsbürgern her, die die Erhaltung des Staatswesens wünschen, aber die Verantwortung delegieren. Denn „die Verantwortung ... des Staatsmannes ist begrenzt durch die Verantwortlichkeit ... des Staatsbürgers“ (Bonhoeffer, Ethik, S. 182). In der Delegation wird das demokratische Prinzip gewahrt.

Brauchbare und sachgemäße Gesetze

Schröders Forderung geht also nach drei Seiten: Unabhängigkeit von ideologischen Vorstellungen, die sich mit Hilfe der Staatsschutzgesetze Machtansprüche anmaßen könnten; realistische Analyse und Einschätzung der drohenden Gefahr für das Staatswesen; Wahrnehmung der doppelten Verantwortung gegenüber den zum Handeln Verpflichteten und den von den Maßnahmen Betroffenen. Schröder geht dabei aus von dem reziproken Verhältnis von Verantwortung und Gefahr: Die „Verantwortung (aller) wird größer, wenn die Gefahren größer werden“ (Vorwort). In einer demokratischen Gesellschaftsordnung ist die höchste Gefahr die, daß angesichts von schwierigen Situationen die Freiheit des einzelnen, sich zu wehren, unangemessen eingeschränkt wird; keineswegs, wenn einzelne „Grundwerte“ in Gefahr geraten. Das kann keine Verfassung ausschließen. Das heißt: Gesetze sind im demokratischen Staat dann brauchbar, wenn sie sachgemäß sind. Sachgemäße Gesetze behalten im Auge, daß dem einzelnen Staatsbürger die Mitverantwortung brauchbare Hilfe sind, ihre Mitverantwortung wahrzunehmen, ob sie statt irgendwelchen „Werten“ den Menschen dienen.

Politisches Handeln im Dienst des Bürgers

In der behandelten Kontroverse zwischen Schröder und Brandt steht Ideologie gegen politisches Handeln, das für das Staatswesen proportional der Gefahr erhalten bleibt — an welchem Platz im Staate er sich auch immer befindet. Sachgemäße Gesetze verlangen nicht Opfer zugunsten von „Grundwerten“. Ihre Sachgemäßheit weist sich darin aus, ob sie für alle im demokratischen Staat sich nicht in den Dienst von Grundwerten, sondern der Staatsbürger stellt. Brandts Grundsätze entspringen demokratischem Idealismus: „Der gesunde Sinn unserer Menschen ... bewährt (sich) ...“ Vielleicht fehlt hier doch die Einsicht in das Gesicht der Welt, auf dem nur wenig gesunder Sinn geschrieben steht, besonders wenn sich Krise darauf zeigt. Die Welt ist krank, sonst brauchte sie kein Heil. Wer die Welt für gesund erklärt, sieht der ihr wirklich ins Gesicht? Was heißt gesund, wenn der Normalzustand krank heißt? Wahrscheinlich steckt hinter Brandts Ansicht eine Überschätzung der Weltwirklichkeit, die niemals ureigen demokratisch oder mündig ist. Sie ist immer angewiesen auf den Dienst derer, die sie kennen, die wissen, was möglich und unmöglich ist, im Angesicht von Gottes Versprechen, daß er sein Reich kommen läßt, diese Welt aber Welt bleibt. Ob der Welt aber damit gedient ist, wenn Politiker nach einem Bild der Wirklichkeit handeln? Der Politiker ruiniert die Welt, wenn er aus ihr „Gottes Reich“ machen will. Vorausgesetzt, daß die Welt Welt bleiben und nicht Produkt einer Ideologie werden soll, wird sich Treue zur Welt im sachgemäßen Verhalten zeigen. Utopische Politik dagegen ist treulos gegen die Menschen, gegen die Welt. Denn politisches Handeln, das Utopien der Realitäten erklärt, vergift die Welt, wie sie wirklich ist. Diese Politik sucht ihre Grundlagen außerhalb des Reiches, in dem sie handeln will. Sie steht in der ständigen Gefahr deutscher Politik, ihre Möglichkeiten und Grenzen falsch einzuschätzen. Ein bemerkenswertes Symptom dieser Gefahr ist es, „daß unsere Sprache vor ru

hundert Jahren das Wort ‚Realpolitik‘ prägen mußte — heute sagt man wohl ‚pragmatische Politik‘ —, um eine Politik des Möglichen von einer Politik des Wunschkens oder dogmatischer Gebote abzusetzen“; es liegt nahe, noch kürzer zu formulieren: um politisches Handeln aus der Herrschaft der Ideologen zu befreien. Noch bemerkenswerter ist, daß „pragmatische Politik“ bald in den Ruf geriet, ziellose Politik zu sein, „daß dieses Wort bei uns bald den Nebensinn ‚richtungslos, prinzipienlos und opportunistisch‘ erhielt“ (S. 217 f.).

Abkehr von der Ideologie

Worin liegt nun aber die Zielstrebigkeit solcher Politik, die der Welt die Treue hält, indem sie im Rahmen des Möglichen bleibt? Sie liegt in der Abkehr von der Ideologie zum Pragmatismus, vom Programm zur Absprache und vom Pathos zur Nüchternheit. Bei der Frage danach, was möglich ist auf dem Weg zur Befriedung der Menschheit, sind Ideale keine Hilfe. Denn: „Unser Vaterland ist zerrissen, die Welt ist gespalten, in plötzlichen Krisen öffnen sich Abgründe, unsere Sicherheit ruht nicht zuletzt auf unserer Festigkeit, auf unserer Standhaftigkeit und auch unserer Geduld und Ausdauer. Wir sind erst am Anfang einer neuen Zeit. Vieles muß noch gemeistert werden, schwere Stunden mögen noch kommen, bis wir zum Ziel gelangen, zum Ziel, das mit einem Satz beschrieben sei: ‚Wir brauchen eine heile Welt‘“ (Vorwort). Das Heil dieser Welt ist keine Überwelt. Politisches Handeln, das sich eine heile Welt zur Aufgabe macht, bleibt deshalb auf die Sache dieser Welt bezogen. Wodurch läßt es sich in seinem Urteil über die Sachgemäßheit seiner Entscheidungen leiten? Welches ist die Sache der Welt? Läßt sie sich bestimmen?

Sachgemäßheit ist kein eindeutiges Maß, da sie jederzeit mißverstanden werden kann als die „servile Gesinnung vor dem Faktum“ (Nietzsche). Jeder, der für sich beansprucht, die Sache der Welt zu verantworten, muß sagen, woher er sie sich geben läßt. Darum bedarf der Begriff der Sachgemäßheit politischen Handelns, der „pragmatischen Politik“ oder des politischen Handelns in evangelischer Verantwortung einer näheren Bestimmung; sonst führt solche Haltung leicht zur „Vergottung aller dieser Werte“, so Dietrich Bonhoeffer in seiner Ethik, „Glaube, Wahrheitsliebe, Sachlichkeit und Würde des einzelnen“, auf deren Wahrung evangelische Verantwortung achtet. Sachgemäßes politisches Handeln ist — evangelisch verstanden — auf den Menschen ausgerichtet. Wer „realistisch bleiben“ will in der Politik, muß sehen, daß „die Sorge für den Menschen uns als göttliches Gebot des Dienstes am Nächsten aufgegeben ist“ (S. 129; vgl. S. 100, 108 f.). Politik in evangelischer Verantwortung kann nur der treiben, der dieses Ziel hat. Dieses Ziel kann in der Politik nur der verfolgen, der sich dieser Welt verschrieben hat. Dieser Welt verschreiben kann sich nur der, der sie kennt. Weltkenntnis hat der christliche Glaube, gewiß nicht allein, doch kann derjenige, der sich an Jesus von Nazareth hält — und das tut der christliche Glaube —, nicht an Jesu Welt Erfahrung vorbei, die das Evangelium so zusammenfaßt: Derjenige dient der Welt am besten, der so lange aushält, bis die Welt an seiner Treue zu ihr zerbricht.

Der Dienst an der Welt ist Dienst an den Menschen. Und dieser Dienst heilt.

Bleiben wir bei Jesus von Nazareth. Er erfuhr die Welt in der Nähe Gottes: ... das Himmelreich ist nahe. Die Welt steht vor Gott, und da erweist sie sich als das, was sie ist: heillos, aufrührerisch, stets ohne Fürsorge für das, was ihre eigene Sache ist: Erhaltung und Bannung der Gefahren. So wird die Sache der Welt schon in der Schöpfungsgeschichte beschrieben. Jesus steht aber für diese Welt ein — in der Nähe des Reiches Gottes, vor Gott —, da wo sie sich ihrer eigentlichen Krise am Bedrohlichsten genähert hat: als sie Gottes Sorge für diese Welt als Blasphemie bezeichnete. So lautete das Urteil über Jesus, durch den Gott dieser Welt zeigen wollte, wie am besten für sie gesorgt ist. Und es sieht so aus, als müßte Gott an dieser Welt scheitern. Mit ihrem Gericht über Gott scheitert aber die Welt an sich selber: Sie urteilt über Dinge, die nicht mehr ihre Sache sind. Sie vergißt sich selber, wird sich untreu.

Die Geschichte gibt dem recht: an der Treue Gottes zur Welt ist die Welt zerbrochen. Seit Jesus von Nazareth ist die Welt geteilt — nicht nur in der Zeitrechnung, auch durch die Entscheidung des Glaubens. An Jesus von Nazareth, an seinem Schicksal kann sich die Welt über sich selber klar werden. Sie kann nicht mehr im ungebrochenen naiven Verhältnis zu ihrer eigenen Macht leben. Sie muß anerkennen, daß „Nachdenklichkeit und Tatkraft“ nur noch in dem Glauben, „der Berge versetzt ... die moralischen Kräfte des Menschen im Atomzeitalter so sehr stärken“ werden, „daß er (der Mensch) auch den Gefahren der Technik überlegen bleibt“ (S. 134).

Dienst für eine heile Welt ist Dienst in dem Glauben, „der Berge versetzt“, der die Autonomie der Welt verneint, der nicht aus ihr Gottes Reich machen will, sondern durch Dienst am Menschen das Reich Gottes in ihr errichtet — als Jünger Jesu, nicht Machiavellis, Lenins oder eines großen abendländischen Gedankens.

Jesus Christus — das Maß alles Handelns

Selbstverständlich muß solcher Dienst umstritten sein. Denn nur die Umformung der Welt in den der — gleich welcher — Ideologie vorschwebenden Zustand scheint in unserer Welt legitimes politisches Ziel zu sein. Allzu schnell wird die Haltung dessen, der der Welt treu bleibt, in Tagesfragen als Orientierung am status quo ausgelegt. Er wird einer „weltlichen“ Haltung geziehen und „christlichen“ Prinzipien gegenübergestellt. Dieser Realismus ist ein Rückfall in antikes Wirklichkeitsverständnis. Denn seitdem sich Jesus der Sache der Welt annahm, ist die „Welt“ der uns „gegebene Bereich der konkreten Verantwortung, nicht aber irgendein allgemeiner Begriff, aus dem sich eine eigene Systematik herleiten ließe“, so wieder Bonhoeffer in seiner „Ethik“. Evangelische Verantwortung ist nicht doppelte Verantwortung vor Gott und den Menschen. Weil für den Glauben Gott Mensch wurde, ist das einzige Maß seines Handelns: „Gott und der Nächste wie sie uns in Jesus Christus begegnen“ (Bonhoeffer). Das scheint Maß und Begründung der pragmatischen Politik zu sein, wie sie Gerhard Schröder versteht.

Berichte

In Heft 1/1965 brachten wir als Dokument der Zeit einen „Bericht über ein deutsches Schicksal“. Der Geschäftsführer des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sandte uns nachstehenden Dankesbrief. Wir geben den Dank an unsere Leser weiter, die sich durch ihre Hilfeleistung mit diesem deutschen Schicksal solidarisch erklärt haben.

Die Redaktion

Sehr geehrter Herr Pfarrer Bracht, nun habe ich vor einigen Tagen den Betrag von DM 1510,—, der für meine Thermalkur bestimmt ist, erhalten, und ich möchte Ihnen, lieber Herr Pfarrer, für Ihre Initiative und Vorschlag, welchen Sie seinerzeit den jungen Schäfers machten, eventuelle Spenden auf Ihr Konto anzunehmen, recht recht herzlich danken.

Ich möchte Ihnen aber gleichzeitig ebenso aufrichtig danken, daß Sie einen Bericht über den Jonquier und seine Bewohner in einer protestantischen Zeitschrift veröffentlichten; aufgrund dieser Veröffentlichung erhielt ich mehrere Briefe und sogar ein größeres Geldgeschenk für eine Handmotor-säge.

Es tut mir nur sehr leid, daß Sie mir nie schreiben, aber vielleicht haben wir, meine liebe Frau und ich, die baldige Gelegenheit, Sie bei uns begrüßen zu können, dabei werden Sie persönlich feststellen, daß die mir zugesagten Spenden an unserer Aufbauarbeit teilnehmen.

Vielleicht haben Sie die Liebenswürdigkeit, über Ihre Zeitschrift allen Spendern und Lesern, die sich für uns interessierten, unseren oder besser gesagt, meinen herzlichen Dank zu übermitteln, sie haben uns eine große Freude bereitet und auch wieder Hoffnung gezeigt.

Mit aufrichtigen freundschaftlichen Grüßen
Ernest Mandel

Überstandene Freiheit?

Der Kirchentag in Köln

Der 12. Evangelische Kirchentag ist vorüber. Wieviele werden sagen: Gott sei Dank? Die einen, weil sie mit Recht zufrieden sind, daß sie es geschafft haben, dem Kirchentag nach Form und Inhalt ein neues Gesicht zu geben. Die anderen, weil sie die Versuchung überstanden haben, sich mit der modernen Welt auseinanderzusetzen. Sie haben von vornherein auf eine Teilnahme in Köln verzichtet. Und sie haben die ihnen anvertrauten Schäflein vor der Versuchung, nach Köln zu fahren, bewahren wollen, indem sie — je nach Rang und Stellung — das gesamte Kirchentagsmaterial für ihre Gemeinden, Kirchenkreise und Propsteien in den Papierkorb gesteckt oder an das Präsidium zurückgeschickt haben. Daß trotzdem mehr gekommen sind als in Dortmund, zeigt, daß die Protestanten mündiger sind, als ihre Hirten meinen. Genau das aber war die Hauptthese von Dorothee Sölle, die auf manch kirchliches Gemüt so schockierend gewirkt hat, daß es eine latente Kirche (Tillich) neben der Kirche gibt, die Christsein realisieren möchte, ohne an die traditionellen Formen von Kirche und Gemeinde gebunden zu sein. In Köln schienen viele Menschen diese Kirche zu

suchen und nach ihr zu fragen. Der Kirchentag darf sie nicht enttäuschen. Er muß stattdessen immer stärker darum bemüht sein, ein Forum dieser latenten Kirche zu werden. Er muß dabei sein partnerschaftliches Gegenüber zur Institution der Landeskirchen beibehalten und darf sich nicht einfach seine Aufträge von dort holen, wie der Ratsvorsitzende der EKID auf der Eröffnungsversammlung meinte. Der Rat der EKID wäre gut beraten, wenn er den Kirchentag in seiner Freiheit bestehen ließe, und ihn nicht — u. U. auf dem Umweg über das Geld — auf einen kirchlicheren Kurs zwänge. Der Kirchentag hat im übrigen auch einen berechtigten moralischen Anspruch auf den Anteil an dem Steueraufkommen der Landeskirchen, den er für seine Arbeit braucht, weil die Steuern nicht nur von den 5% Kirchenchristen, sondern auch von den 90% latenten Christen gezahlt werden, die von ihren Kirchen sonst kaum noch angesprochen werden.

Welche Züge prägten das neue Gesicht des Kirchentages? Für Köln am augenfälligsten war wohl die Begegnung der Konfessionen in den Privatquartieren, durch die Grußworte bei der Eröffnung, während der verschiedenen Empfänge von beiden Seiten, in den gemeinsamen Andachten und nicht zuletzt bei der öffentlichen Diskussion zwischen Kardinal Jäger und Präses Beckmann vor mehr als 2600 Menschen. Die katholische Prominenz war dermaßen stark auf dem Evangelischen Kirchentag engagiert, daß sich höchste Würdenträger auf dem Bundestreffen der Deutschen Katholischen Jugend im benachbarten Düsseldorf entschuldigen ließen, sie seien in Köln unabkömmlich.

Ein zweiter Wesenszug des Kölner Kirchentages war die Sachlichkeit und Offenheit der Auseinandersetzung. Das galt sowohl für die innerkirchlichen Themenkreise, die in den Arbeitsgruppen „Bibel und Gemeinde“ und „Kirchenreform“ behandelt wurden, als auch in den Forum-Reihen „Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft“, „Mann und Frau“, „Juden und Christen“ und „Vorfragen der Politik“. Diese Veranstaltungen wurden drei Tage lang vormittags und nachmittags mit ständig wachsenden Zuhörerzahlen im Messegelände und in vielen kleineren Sälen und Diskussionsräumen innerhalb der Stadt durchgeführt. Dazu kam das Forum „Freiheit“ mit Vorlesungen der Professoren Horkheimer, Rahner und v. Weizsäcker an den drei Nachmittagen und je ein Vormittagsforum „Konzil“ und „Gottesdienste in neuer Gestalt“. Während die Arbeitsgruppen an den Vormittagen in kleinen Gruppen diskutierten und erst am Nachmittag im Plenum zusammenkamen, wo dann die Vorträge und Podiumsdiskussionen stattfanden, wurde in den Forumveranstaltungen von vornherein nur eine Podiumsdiskussion der Referate vor dem Plenum geführt, die allerdings durch schriftlich vorgebrachte Fragen der Zuhörerschaft bereichert wurde.

Überall wurden die Zuhörer als mündige, selbständig denkende und verantwortliche Glieder unserer Kirche und Gesellschaft behandelt. Sie wurden sachlich informiert und in die Auseinandersetzungen der pluralistischen Gesellschaft hineingenommen, gleichgültig ob es sich um Fragen des Bibelverständnisses oder der Sexualität, der Kirchenkritik oder der modernen Landwirtschaft handelte. Die Tabuisierungen der modernen Theologie für die Gemeinden wurden genauso überwunden wie die Vorurteile der Frommen gegenüber der Geschlechtlichkeit und die romantische Retardierung des westdeutschen Landvolkes. In der Forum-

„Mann und Frau“ wurde vielleicht die offenste und die Sprache geführt. Es ging gegen die „Diktatur der Diktatoren“ (Dr. Ringeling, Münster), die auf dem Weg zu verschiedenen moralistischen Aktionen wie „Sorge für Deutschland“, „Saubere Leinwand“ und „Gesundes Empfinden“ heraufzuziehen droht. Ton und Wortwahl der Aufrufe erinnerte mehr und mehr an den Anfang der 1970er Jahre. Die evangelische Christenheit hätte etwas Neues zu verkündigen: „Hoffnung für die Welt!“

Sachlichkeit und Offenheit wurden honoriert. Man bereitete zu hören, auch wenn die Kost schwer, das Niveau hoch und die Diktion nicht immer leicht waren. Es wurde den einzelnen jedoch nicht nur von der Form her schwer gemacht, sondern auch vom Inhalt. Seine Person wurde herausgefordert und die eigene Entscheidung. Es gab keine einfachen Rezepte. Aber die Tausende nahmen diese Herausforderung an. Damit hat die Kirche nicht die Verantwortung sich abgewälzt und dem einzelnen aufgebürdet, wie er die Beobachter meinten, sondern zu wahrhaft reformerischer Verantwortung hingeführt.

Schwierigkeit darf allerdings nicht verheimlicht werden: Die Fluktuation der Zuhörer und Referenten. Von mehreren Tausend Zuhörern, die zu den einzelnen Veranstaltungen kamen, hatten sich nur einige hundert konsequent für eine laufende Problematik entschieden. Nur bei ihnen konnten Referenten also eine wachsende Einsicht und Kenntnis des jeweiligen Themenkreises voraussetzen. Für alle anderen mußte jedes Unterthema Fragment bleiben, mit der Möglichkeit von Mißverständnissen. Doch während diese Verkürzung der sachlichen Auseinandersetzung auf einem Kirchentag wohl nicht zu umgehen ist, will man an der Vielfalt des Angebotes festhalten, sollte die Unstetigkeit der Mitarbeiter und Referenten in Zukunft unbedingt verändert werden. Es ist unmöglich, daß sich ein Referent bei der Auseinandersetzung mit seinen Korreferenten in der Diskussion entzieht, daß er nur zu seinem Referat erscheint, den Zuhörern aufzusagt, ohne auf alles bis dahin erarbeitete Rücksicht zu nehmen, und damit vieles von dem zerstört, was vorher aufgebaut worden ist. Doch dieser unrühmlichen Ausnahme entspricht auch die andere Beobachtung, daß ein Referent nach dem Anhören der ersten Referate und Diskussionen seiner Themenreihe daran geht, sein vorbereitetes Manuskript zu ändern und umzuarbeiten. Erst hier kommt es zu einem wirklichen Gespräch gekommen.

War dieser Kirchentag politisch oder unpolitisch? Diese Frage ist eindeutig zu beantworten. Er war ungeheuer politisch über den Tag hinaus. Die aktuellen Probleme der Politik tauchten zwar nur in abgeleiteter Weise und beispielhaft am Rande auf. Es ging vielmehr um Grundfragen einer pluralistisch demokratischen Gesellschaft. Aber dazu wurde unter der Losung „In der Freiheit bestehen“ Entscheidendes gesagt; denn nicht nur unsere Kirche, sondern auch unsere Gesellschaft lebt davon, daß unser Volk mündig wird. Für die Erziehung zur Mündigkeit unseres Kirchenvolkes und unserer Staatsbürger war der Kölner Kirchentag von großer Bedeutung. Er wird seine Existenzberechtigung nur behalten, wenn seine Freiheit nicht als glücklich überstanden, sondern als immer wieder neu zu bestehen angesehen wird.

Siegfried Keil

Aus den Landesarbeitskreisen

Schleswig-Holstein

Seit seiner Gründung im Jahre 1953 durch Hermann Ehlers, Dr. Asmussen und den Unterzeichnenden hat der Evangelische Arbeitskreis kontinuierlich seine Arbeit in Tagungen und auch kleineren Arbeitskreisen durchgeführt. Der Evangelische Arbeitskreis war in Schleswig-Holstein der Bereich, in dem die Grundsatzfragen einer christlichen Politik und christlichen Gesellschaftslehre von der theologischen und kirchlichen wie auch von der politischen Seite aus durchdacht und diskutiert wurden. In den letzten Jahren hat der Arbeitskreis in bestimmten Abschnitten seine Tagungen weiter durchgeführt und seine Arbeitsgemeinschaften abgehalten. Die letzten größeren Veranstaltungen waren Vorträge an verschiedenen Orten des Landes, z. B. in Schleswig und Lübeck über das Thema „Christliche Politik als Problem der modernen protestantischen Theologie“, auf denen u. a. die Kultusminister Prof. D. Hahn und von Heydebreck sprachen. Außer diesen Tagungen haben die Mitglieder des evangelischen Arbeitskreises, z. B. neben dem Unterzeichneten Professor Dr. Kasch u. a. sich bemüht, auch im vorpolitischen Raum die Grundgedanken einer christlichen Gesellschaftslehre zu erläutern und mit den Teilnehmern von Lehrgängen der Evangelischen Akademie, der evangelischen Studentengemeinde und anderer studentischer Kreise der Jugend- und Sportverbände zu diskutieren. Es gelang auch, im Gedankenaustausch mit Evangelischen Akademien in der sog. DDR zu treten.

In diesen Begegnungen und Diskussionen hatten wir hauptsächlich mit zwei Problemkreisen zu tun:

Einerseits hatten wir uns innerhalb der evangelischen Kirche mit der schwärmerisch utopischen Ideologie einer kleinen Minderheit von DFU-Pastoren und Gemeindemitgliedern auseinanderzusetzen. Uns kam es nicht darauf an, in einer einseitigen Polemik diese kleine Minderheit aufzuwerten und interessant zu machen, sondern innerhalb der evangelischen Kirche die Grundsätze der lutherischen Sozialethik zu vertreten und die praktischen Aufgaben der gegenwärtigen Politik von da aus zu beleuchten.

Andererseits war die sachliche Auseinandersetzung mit den Nichtchristen notwendig, die sich unter dem Schlagwort der pluralistischen Gesellschaft nicht nur religiös, sondern auch mit kulturpolitischen Ansprüchen zu Worte melden. Auch hier handelt es sich um einen relativ kleinen Personenkreis, in dem sich diejenigen, die sich in der Vergangenheit auf irgendeine Weise von der evangelischen oder auch katholischen Kirche getrennt haben, zusammenfinden. Die Auseinandersetzung mit diesen Kreisen spielt überhaupt in Norddeutschland eine größere Rolle, weil z. B. Schleswig-Holstein ein fast rein evangelisches Land ist und die katholische Bevölkerung nur ungefähr 4% der gesamten Bevölkerung beträgt.

Das Schlagwort des Pluralismus ist recht mißverständlich. Es wird von vielen nicht nur im Sinne der selbstverständlichen Toleranz gegenüber den Andersdenkenden verstanden, sondern aus ihm wird der Anspruch abgeleitet, die Öffentlichkeitsbedeutung der christlichen Ethik in Frage zu stellen. Unsere Freunde hat in diesem Zusammenhang sehr

bewegt, was Bischof Dibelius anlässlich seines 85. Geburtstages uns als Dank- und Grußwort geschrieben hat. „An meinem 85. Geburtstag hat man mich gefragt, was ich für den kurzen Lebensrest, der mir noch beschieden sein mag, an Wünschen hätte. Ich habe geantwortet: Für sich persönlich hat man als Christ in meinem Alter keine Wünsche mehr. Für meine Kirche und für mein Volk hätte ich freilich noch viele. Vor allen Dingen den, daß das Modeschlagwort von der pluralistischen Gesellschaft wieder dahinfahren möchte, von wo es gekommen ist! Wir wollen als Christen niemandem die persönliche Freiheit beschneiden, aber ein Volk muß für sein Gemeinschaftsleben Werte haben, die gelten. Und diese Werte hat Gott gesetzt.“ Dies Wort scheint für uns alle ein Mahnruf zu sein über das Problem, das sich durch diesen Begriff der pluralistischen Gesellschaft auftut, gründlicher als bisher nachzudenken.

Professor D. Dr. Redeker

Hamburg

Im Landesverband Hamburg gibt es nur einen Evangelischen Arbeitskreis. Im Stadtstaat Hamburg hat die Bevölkerung täglich Gelegenheit, sich in Diskussionen an der Universität, an der Evangelischen Akademie, im Evangelischen Männer- und Frauenwerk, sowie in drei staatspolitischen Gesellschaften mit aktuellen geistigen und politischen Fragen auseinanderzusetzen. Es ist daher für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU schwierig, für die jährlich 5–6 Zusammenkünfte interessante Themen zu finden. Je nach Wahl des Themas fühlt sich nur ein stets fluktuierender Teil der Mitglieder dieses Arbeitskreises angesprochen. Dennoch hat sich der Evangelische Arbeitskreis in Hamburg seit 10 Jahren in seinen seither abgehaltenen mehr als 50 Zusammenkünften als ein stetiger, nicht zu übersehender Bestandteil des Parteilebens im Landesverband der CDU erwiesen und bewährt. Von den regelmäßig angeschriebenen 150 Mitgliedern pflegen 20–40 an den einzelnen Veranstaltungen teilzunehmen, meist auch mehrere Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft.

Der einzelne Abend ist jeweils einem bestimmten Thema gewidmet, das von Professoren der Universität, Pastoren der Landeskirche oder Parteifreunden vorgetragen und zur Diskussion gestellt wird. Es handelt sich fast immer um Themen, die zur grundsätzlichen Betrachtung und zur Selbstbesinnung Anlaß bieten. Da der Evangelische Arbeitskreis auch für Nichtparteimitglieder und Andersgläubige offen ist, kommen häufig fundierte Aussprachen zustande, die für die Beteiligten von hohem Wert sind. Unvergessen sind die Abende, die dem gesellschaftspolitischen Leitbild der CDU, der Strafrechtsreform, sowie der Auseinandersetzung mit den Freidenkerverbänden gewidmet waren.

Die Gründung von Evangelischen Arbeitskreisen auf Kreisebene, sowie im Rahmen der Jungen Union oder innerhalb der evangelischen Arbeitnehmerschaft hat sich in Hamburg mangels Beteiligung nicht bewährt. Die Interessenten nehmen an den Zusammenkünften des Landesarbeitskreises teil. Die Abhaltung größerer Veranstaltungen paßt wegen des eingangs erwähnten umfangreichen Veranstalterwettbewerbs nicht in den Stil des Hamburger Evangelischen Arbeitskreises, zumal er keine Institution des Landesverbandes der Hamburger CDU ist und über keinen eigenen

Etat verfügt. Die großartige Veranstaltung des Evangelischen Bundesarbeitskreises in Hamburg im Jahre 1961 hat trotz der Teilnahme von 40% der Pastoren und Kirchenvorsteher der in Hamburg vertretenen drei evangelischen Landeskirchen nicht zu einer nachhaltigen Mitarbeit dieser Kreise im Evangelischen Landesarbeitskreis geführt. Der Evangelische Arbeitskreis darf sich dessen ungeachtet der Tatsache erfreuen, daß er durch freundliches Entgegenkommen der Hamburgischen Landeskirche ständig Gast in ihrem Klubhaus für seine Zusammenkünfte ist. Es ist darum naheliegend, daß seine Thematik häufig dem Verhältnis von Partei und Kirche gewidmet ist und daß die Pastoren der Landeskirche besonders gern gesehene Vortragende im Evangelischen Arbeitskreis sind. Dies gute Verhältnis wird auch dadurch zum Ausdruck gebracht, daß der Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises sowohl dem Vorstand des Landesverbandes der CDU angehört, als auch Träger von Ehrenämtern in der Landeskirche ist.

Dr. Wilhelm Imhoff

Bremen

Der Evangelische Arbeitskreis Bremen hat sich im vergangenen Jahr auf die Durchführung einer Doppelveranstaltung beschränken müssen. Sie fand am Nachmittag und Abend des 27. Mai 1964 statt.

Es war uns gelungen, hierfür Herrn Professor D. Wilhelm Hahn, Heidelberg, zu gewinnen, der damals kurz vor seiner Ernennung zum Kultusminister des Landes Baden-Württemberg stand. Mit ihm führten wir am Nachmittag ein sehr lebendiges Gespräch zum Thema „Das Problem der christlichen Politik in der heutigen evangelischen Theologie“.

Wir hatten zu dieser Nachmittagsveranstaltung sämtliche bremischen Pastoren und auch eine große Zahl anderer Persönlichkeiten eingeladen, die in der Bremischen Evangelischen Kirche Verantwortung tragen. Die Beteiligung an diesem Gespräch war für bremische Verhältnisse bemerkenswert gut. Das Gespräch wurde durch ein Referat von Herrn Professor D. Hahn eingeleitet, an das sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Nicht nur die Pastoren, sondern auch die sog. „Laien“ beteiligten sich sehr lebhaft.

Am Abend desselben Tages fand sodann eine Vortragsveranstaltung statt, zu der wir unsere Freunde aus den Kreisverbänden Bremen und Bremen-Nord eingeladen hatten. Herr Professor D. Hahn sprach nach Einführung durch den Vorsitzenden des Arbeitskreises zu dem Thema

„Was heißt es, daß die CDU sich eine christliche Partei nennt?“

Im Gegensatz zu der Nachmittagsveranstaltung war der Vortragsabend bedauerlicherweise sehr mäßig besucht. An den Vortrag schloß sich wiederum ein lebhafter Meinungsaustausch an.

Wir haben in der Folgezeit wiederholt versucht, wenigstens noch eine weitere Vortragsveranstaltung mit einem namhaften evangelischen Politiker durchzuführen. Dies ist leider an Termenschwierigkeiten gescheitert.

Senator a. D. Erich Zander

Berlin

In seiner konstituierenden Sitzung am 3. April 1963 wählte der Evangelische Arbeitskreis Prof. Dilschneider zum Vorsitzenden, Bezirksstadtrat Erich Mach zum stellvertretenden Vorsitzenden und Dr. med. Werner Borgmann, Rudolf Mendel MdA und Hermann Kulow zu seinem Vorstand. Gleichzeitig gab sich der Arbeitskreis erstmalig eine Ordnung, in der Zielsetzung und Aufgabenstellung kurz umrissen werden.

In den folgenden zwölf Veranstaltungen gelang es — mehr als in den vorangegangenen Jahren —, evangelische Persönlichkeiten und insbesondere auch Studenten an der Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises zu interessieren. Dies machte sich vornehmlich in einem stärkeren Besuch bemerkbar, vor allem bei der am 25. November gemeinsam mit dem Landesverband durchgeführten Hermann Ehlers-Feier in dem überfüllten Plenarsaal des Abgeordnetenhauses. Das war ein Beweis dafür, daß derartige Festveranstaltungen ihren Platz in Berlin haben. Darüber hinaus gelang es im Juni 1963, eine fünftägige Studententagung in der Politischen Akademie Eichholz durchzuführen. Über diese zwei besonderen Veranstaltungen hinaus regte der Evangelische Arbeitskreis eine Reihe von Vortragsveranstaltungen in den Evangelischen Kirchengemeinden und ihren Gliederungen an. Zu diesem Zweck wurde eine Referentenliste aufgestellt, mit der sich 16 Mitglieder des Arbeitskreises mit mehreren Themen zur Verfügung stellten. Insbesondere die Evangelische Jugend machte von diesem Angebot lebhaften Gebrauch. Erstmals gelang es auch, der Evangelischen Studentengemeinde, ausgehend von der Themenstellung und Überlegungen im Evangelischen Arbeitskreis, eine Hilfestellung zu bieten, die angenommen wurde. So kam es zu einer gut besuchten Vortragsveranstaltung, in der der Kultusminister von Baden Württemberg Prof. Hahn sprach, an der sich alle Studentengemeinden Berlins beteiligten.

Wie aus den angegebenen Referaten ersichtlich, hat der Arbeitskreis den Versuch unternommen, mit seiner Thematik und der Art und Weise, wie die Themen behandelt wurden, etwas in die Tiefe zu dringen. Es ging also nicht um jeden Preis um Aktualität, sondern mehr um die christliche Basis, aus der unsere politische Gesinnung erwächst. Einige Abende dienten auch der Information und der Meinungsbildung zu brennenden Fragen.

Die Denkschrift zur Eigentumsbildung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde nicht nur an die Mitglieder des Arbeitskreises, sondern darüber hinaus in größerer Zahl an interessierte Verantwortungsträger der Partei verschickt.

In der zweiten Hälfte der Berichtszeit nahmen die Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises an den Gesprächen des geschäftsführenden Landesvorstandes und des Fraktionsvorstandes mit der Evangelischen Kirchenleitung teil.

Unter dem Vorsitz von Prof. Dilschneider und der erfolgten Neuorientierung hat der Evangelische Arbeitskreis eine Beliebung erfahren, die sich in der nahezu Verdreifachung seiner Veranstaltungen und dem doppelt so hohen Besuch zeigt.

Erich Mach, Stadtrat a. D.

Nationale und übernationale Ordnung als Problem europäischer Politik

Heft 6/1965

In Nummer 6 vom Juni d. J. drucken Sie das Referat über „Nationale und übernationale Ordnung als Problem europäischer Politik“ ab, das Herr Professor Dr. K.-D. Erdmann auf der diesjährigen Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Bonn gehalten hat.

Eines der beiden Haupt-Themen des Vortrags war der Europa-Plan Briand's. Professor Erdmann stellt richtig fest, daß die deutsche Reichsregierung schwerste Bedenken gegen diesen Plan hatte, weil sie befürchten mußte, daß damit eine Revision der Deutschland durch den Versailler Vertrag aufoktroierten Ost-Grenzen unmöglich gemacht würde. Professor Erdmann spricht jedoch davon, daß ... „Reichskanzler Brüning und sein Außenminister Curtius das (Europa-) Projekt zu Fall brachten“.

Diese Formulierung ist unzutreffend. Sie enthält unter dem Eindruck der heutigen europäischen Einigungsbestrebungen den Vorwurf eines falschen Verhaltens und will zum Ausdruck bringen, daß bei einer Förderung des Briand-Planes durch Deutschland die europäische Entwicklung anders verlaufen wäre.

Zunächst ist festzustellen, daß Briand's Europa-Plan nicht etwa unter dramatischen Begleiterscheinungen scheiterte. Er verlief sich im Sande. Das vom Völkerbund eingesetzte Studien-Komitee stellte seine Tätigkeit nach 1932 ein.

Die deutsche Reichsregierung hat Briand's Vorschläge in ihrer Stellungnahme offiziell begrüßt und ihre Mitarbeit zugesagt, auch wenn sie an einer Förderung der Pläne in Wirklichkeit keineswegs interessiert war. Sie konnte sich aber im Hintergrund halten und den Dingen ihren Lauf lassen, denn außer bei den auf eine Garantie ihrer Grenzen spekulierenden Ländern Ost-Europas stieß Briand's Projekt bei fast allen übrigen Staaten, in erster Linie bei England und Italien, aber auch bei Belgien und den skandinavischen Ländern auf grundsätzliche Bedenken und Vorbehalte. Vor allem aber Frankreich selbst rückte von Briand's Vorhaben ab. Briand hatte seine Gedanken 1929 auf der Herbsttagung des Völkerbundes in Genf zum ersten Mal entwickelt. Schon kurz danach gab es in Frankreich einen Rechts-Ruck. In der neuen Regierung Tardieu war Briand wohl noch kraft seines Ansehens Außenminister, aber er war der Gefangene der nationalistischen Politiker und Generäle, die die europäischen Einigungsbestrebungen für schöne Phantasien hielten und im Verhältnis zu Deutschland eine klare machtmäßige Überlegenheit vorzogen.

Aus meiner Korrespondenz mit Herrn Prof. Erdmann über seine irreführende Darstellung geht hervor, daß er sich über die Unmöglichkeit einer Verwirklichung des Briand-Planes unter den damaligen Verhältnissen im Klaren ist. Er argumentiert jedoch so: Der Schlüssel zu einer europäischen Verständigung lag in einer Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland. Auch wenn alle übrigen Staaten Briand's Vorschlag nicht unterstützten — wäre er von Deutschland wirklich aufgegriffen worden, dann hätte sich daraus eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und

Ist das nicht etwas weit hergeholt, um der deutschen Reichsregierung die Alleinschuld am Scheitern des Briand-Planes anzulasten?

Das Europa von 1930 war für einen politischen Zusammenschluß noch nicht reif. Kein deutscher Politiker der damaligen Zeit konnte einem Plan zustimmen, der die ungekehrte Grenzziehung im Osten verankert hätte. Reichskanzler Brüning und Außenminister Curtius haben es verstanden, sich dem Briand-Plan gegenüber so zu verhalten, daß ihnen nicht wegen seines Scheiterns die Schelle umgehängt werden konnte. Es sollte nun nicht nachträglich, auf Grund einer Beurteilung, die an den Realitäten der damaligen politischen Situation vorbeigeht, der Versuch unternommen werden, eine deutsche Schuld zu konstruieren, daß es nicht zu einer europäischen Verständigung kam . . .

Wiedereinführung der Todesstrafe?

Indem man von „Todesstrafe“ spricht, scheint es sich um ein Stück menschlicher oder unmenschlicher Kompetenz zu handeln, um ein Mittel, das gesellschaftlichen Zwecken dient, der Bestrafung, der Abschreckung, der Vergeltung, der Sühne, oder sogar einer haushälterischen Justizpraxis. Alle

Das Recht, einem Menschen das Leben abzusprechen, kann nur bei dem sein, der allen Menschen das Leben gibt. Das ist Gott, der Schöpfer aller Dinge.

Man muß sich ja wundern, wie auf alle Arten versucht wird, im Namen der Menschlichkeit, der Ehrfurcht vor dem Leben, oder mit dem Versuch, den Gott des Neuen Testaments gegen den Gott des Alten Testaments auszuspielen, um die allein gültigen, vorliegenden Befehle Gottes in dieser Sache heranzukommen. Die Obrigkeit hat die Aufgabe, gewisse genau bezeichnete Sünden mit der Hinrichtung des Täters zu beantworten. Das ist nicht in erster Linie ihr Recht, sondern ihre Pflicht, für deren Erfüllung oder Nichterfüllung sich die Machthaber dereinst vor Gott zu verantworten haben werden.

Es ist eine unerlaubte Veränderung des Inhalts im Neuen Testament so zu tun, als ob Jesus daran auch nur das geringste abgetan habe. Ein Blick in die Offenbarung Jesu Christi am Schluß des Neuen Testaments zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der Wiederkommende Christus seine Feinde blutig niederwerfen wird.

Eine ganz andere Frage ist es, ob ein Staat und eine Regierung, die aus Gläubigen und Ungläubigen besteht, dieses Recht Gottes zur geltenden Rechtspraxis machen werden. Daran wird ihr Christentum erkennbar. Denn Christen sind dem Recht Gottes im Gewissen verpflichtet. Wenn Politik die Kunst des Möglichen ist, dann erst recht.

Hermann Dreher, Sontheim

Artikel, die mit vollem Namen gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.